

DEUTSCHER BUNDESTAG

Kommission
zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
- Sekretariat -

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/33

Zwischenbericht

über die Tätigkeit der
Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

vom 25. April 2008 bis 18. Januar 2009

Vorsitz: Diana Golze, MdB (DIE LINKE.)

vorgelegt dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Inhalt	<u>Seite</u>
1. Einleitung	6
2. Arbeits- und Beratungsschwerpunkte	6
2.1. Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern	6
2.1.1. Expertengespräch mit Prof. Dr. Benno Hafener (Universität Marburg), Torsten Niebling (Universität Marburg) und Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker (Fachhochschule Kiel) zum Thema „Kinder- und Jugendmitbestimmung“	7
2.1.2. Expertengespräch mit Detlef Raabe (DBJR) und Bernd Mones (LJR Brandenburg) zum Thema „Jugendverbandsarbeit und Demokratie / SGB VIII-Reform und deren Auswirkungen auf die Jugendhilfelandchaft“	10
2.1.3. Expertengespräch mit Daniel Wucherpfennig (DGB-Jugend Berlin-Brandenburg) zum Thema „Mitbestimmungsrechte in und außerhalb der Schule (Ausbildungsplatz, Freiwilligendienst)“	12
2.1.4. Stellungnahme der Kinderkommission	13
2.2. Kinderarmut	16
2.2.1. Expertengespräch mit Gerda Holz (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Gemeinnütziger e. V.) zum Thema „Ursachen und Folgen von Kinderarmut“	16
2.2.2. Expertengespräch mit Dr. Irene Becker (Universität Duisburg-Essen) und Dr. Johannes Steffen (Arbeitnehmerkammer Bremen) zum Thema „Kinderarmut und Sozialpolitik“	17
2.2.3. Öffentliche Anhörung zum Thema „Strategien zur Überwindung von Kinderarmut“	19
2.2.4. Expertengespräch mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge (Universität zu Köln) zum Thema „(Kinder-)Armut und Sozialstaatsentwicklung“	23

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

2.2.5. Stellungnahme der Kinderkommission	24
2.3. Kinder- und Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit	28
Expertengespräch mit Prof. Dr. Peter Schruth (Hochschule Magdeburg-Stendal) und Prof. Dr. jur. Helga Spindler (Universität Duisburg-Essen) zum Thema „Vorrang der Jugendsozialarbeit und Berufshilfe gemäß SGB VIII gegenüber SGB II“	
3. Weitere Beratungsthemen	32
3.1. Jugendschutz – Testkäufe durch Kinder und Jugendliche	32
3.2. Stellungnahme zum Thema „Kinder und Alltag“	34
3.3. Umsetzung der Frühförderungsverordnung	38
3.4. Palliativversorgung für Kinder	38
3.5. Kinderanlaufstellen in den Bundesländern	38
4. Die Kinderkommission beim Bundespräsidenten	39
5. Teilnahme am 3. Weltkongress gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen in Rio de Janeiro	40
6. Informationsgespräche	45
7. Veranstaltungen unter Teilnahme der Kinderkommission	45
7.1. Kindertag im Bundestag	45
7.2. Kindersicherheitstag	45
7.3. Weltaidstag	47
8. Öffentlichkeitsarbeit	50

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

8.1. Pressemitteilungen	50
8.2. Pressekonferenzen	51
8.3. Broschüren	51
8.4. Internetauftritt der Kinderkommission	52
8.5. Mitmischen.de	52
9. Kinder- und jugendpolitische Termine der Mitglieder der Kinderkommission	52
9.1. Abgeordnete Diana Golze	52
9.2. Abgeordnete Michaela Noll	55
9.3. Abgeordnete Marlene Rupprecht	58
9.4. Abgeordnete Miriam Gruß	61
9.5. Abgeordnete Ekin Deligöz	63
10. Anlagen	65

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

1. Einleitung

In der Kommission für die Wahrnehmung der Belange der Kinder des Deutschen Bundestages (Kinderkommission) wechselt der Vorsitz zwischen den fünf Kommissionsmitgliedern turnusmäßig in der Reihenfolge der Fraktionsstärke. Die erste Vorsitzzeit in der 16. Legislaturperiode übernahm dementsprechend die Bundestagsabgeordnete Michaela Noll von der CDU/CSU, die den Vorsitz am 4. November 2006 an die Bundestagsabgeordnete Marlene Rupprecht von der SPD übergab. Danach folgte die Bundestagsabgeordnete Miriam Gruß von der FDP, die am 25. April 2008 den Vorsitz an die Bundestagsabgeordnete Diana Golze von der Fraktion DIE LINKE. weitergab. Aufgrund der Geburt des zweiten Kindes wurde sie bis Anfang Juni im Vorsitz vom Abgeordneten Jörn Wunderlich vertreten.

Das Arbeitsprogramm der Abg. Diana Golze umfasste folgende Themen:

- Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern
- Kinderarmut
- Kinder- und Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit.

Weitere Beratungsgegenstände ergaben sich aus aktuellen Themen.

2. Arbeits- und Beratungsschwerpunkte

2.1. Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern

Hierzu führte die Kinderkommission zahlreiche Expertengespräche durch, die nachfolgend kurz dargestellt werden. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse und die Ergebnisse ihrer Beratungen fasste die Kinderkommission in einer Beschlussempfehlung zusammen, die erst nach der Vorsitzzeit von MdB Diana Golze veröffentlicht werden konnte.

2.1.1. Expertengespräch mit Prof. Dr. Benno Hafener (Universität Marburg), Torsten Niebling (Universität Marburg) und Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker (Fachhochschule Kiel) zum Thema “Kinder- und Jugendmitbestimmung“

Herr Prof. Dr. Benno Hafener (Universität Marburg) verwies einleitend auf zwei wissenschaftlich begleitete Projekte im Kontext Partizipation und Mitbestimmung in Hessen. Kinder- und Jugendpartizipation sei ein wichtiges, typisch zyklisches Dauerthema. Es müsse ein Dauerthema sein, da Demokratie in jeder nachwachsenden Generation immer wieder neu erlernt werden müsse. Partizipation müsse so institutionalisiert werden, dass sich die Kinder und Jugendlichen wiederfinden. Die Beteiligung müsse subjektiv und sozial für sie Sinn machen. Es habe sich eine bunte Landschaft der Kinder- und Jugendbeteiligung herausgebildet; es gebe kein Patentrezept. Bei gelungenen Partizipationsprojekten machten Kinder und Jugendliche besondere politische Anerkennungserfahrungen: Sie erlebten sich von Anfang an als kleine, erwachsen werdende Staatsbürger mit Wirkungsmöglichkeiten. Wenn Partizipationsprojekte aus Sicht der Kinder gelängen, so gelte dies nicht unbedingt für die Erwachsenen. Denn eine gut angelegte Partizipation liege institutionell zunächst immer quer zu den vorherrschenden Abläufen, Mechanismen und Prozessen. Das Schlimmste sei, wenn das Partizipationsinteresse der jungen Generation durch Verwaltung und Politik destruiert werde. Diese parallelen Lernprozesse von Politik und Verwaltung seien nach wie vor ein großes Problem. Wenn Partizipation gelingen solle, gehe es immer um professionelle Begleitung. Die Kinderrechte seien ein wichtiges Thema, denn deren Verankerung bedeute auf allen politischen und fachlichen Ebenen einen normativen Hintergrund, den es einzulösen gelte. Die Nachhaltigkeit sei ein strukturelles Problem der Projekte. Auch sei es ein Strukturmerkmal der Kinder- und Jugendhilfe, ein aktuelles gesellschaftliches Thema in den Mittelpunkt zu stellen und Dauerthemen aus dem Blickfeld zu verlieren.

Herr Torsten Niebling (Universität Marburg) erläuterte die beiden angesprochenen Modellprojekte in Hessen. In zwei Aktionsprogrammen in den Jahren 2000/2001 und 2003/2005 habe man insgesamt 32 Partizipationsprojekte begleitet. Es habe eine

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

vielfältige „Projektlandschaft“ gegeben: Kinderjugendparlament, Jugendforen, Versammlungen, kleine Arbeitsgruppen, projektorientierte Bauprojekte, Partizipation in Vereinen und Verbänden usw. Aus Sicht der Fachkräfte habe es einige „Stolpersteine“ für die Partizipationsprojekte gegeben. Das seien vor allem Restriktionen durch Verwaltung und Politik gewesen. Die Verwaltung folge einer anderen Logik als pädagogische Prozesse. Es gehe um andere Zeitfenster, aber auch um ungeklärte Zuständigkeiten. Es gebe den Vorwurf, die Pädagogik verspreche alles und die Verwaltung solle diese Versprechen dann umsetzen.

Man brauche eine vielfältige Projektlandschaft, die zu den unterschiedlichen Bedürfnissen und Ressourcen der Kinder und Jugendlichen passen. Bedingungen, die zum Gelingen beitragen, seien beispielsweise gut entwickelte Kooperationsstrukturen und Ablaufpläne um die Reibungsverluste zu minimieren. Wichtig seien die Wahl der Themen und die Wertschätzung des Expertenstatus von Kindern durch die Erwachsenen. Wichtig sei auch eine gute Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, weil sich Partizipationsprojekte in Konkurrenz zu anderen Freizeitangeboten befänden. Es müsse auch ein Ergebnis geben. Aus Sicht der Kinder gebe es bestimmte Einstiegs- sowie Ausstiegsmuster. Bei den Einstiegsmotiven stehe ganz vorne die Freude, etwas gemeinsam mit anderen machen zu können. Daneben stehe der Wunsch, sich als Ursache von Veränderungen wahrzunehmen. Die Kinder schilderten immer den Kompetenzerwerb und die öffentliche Wertschätzung. Die Ausstiegsmomente würden sich aus Situationen ergeben, in denen die Jugendlichen keinen persönlichen Gewinn mehr aus dem Projekt ziehen können. Irgendwann erschöpfe sich ein Projekt oder es entwickle sich ein Freundeskreis mit anderen Interessen. Es käme auch zum Übergang in andere Formen der Partizipation. Außerdem gebe es das Scheitern an Konflikten und Überforderungen. Zeitmangel, Schule und Prüfungen seien häufige Gründe für einen Ausstieg. Fatal sei, wenn in einem Projekt Langeweile, also ein Leerlauf entstünde. Diese Situation könne sich aus den unterschiedlichen Zeitfenstern ergeben, wenn man den pädagogischen Prozess und die Umsetzung in der Verwaltung nicht koordiniere. Generell könne man sagen, dass die Beteiligung quantitativ dort niedriger sei, wo ein hohes Maß an Kommunikation und Reflexion notwendig sei.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Aus Sicht von Politik und Verwaltung gebe es beim Start eines Projektes oft Skepsis und Unsicherheit. Hilfreich sei dort die Auseinandersetzung mit den rechtlichen Vorgaben, Inhalten und Zielen des Projekts, damit sich die Politiker von dem Projekt überzeugen können. Wenn das gelinge, dann trügen sie das Projekt und würden sich als Mitinitiatoren von Lernprozessen begreifen. Wenn sie die Fachkompetenz der Jugendlichen achteten und nutzten, dann gelinge auch die Partizipation eher.

Herr Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker (Fachhochschule Kiel) erklärte, dass es seit sieben Jahren in Schleswig-Holstein Modellprojekte der Partizipation in Kitas für Kinder ab zwei Jahren gebe. Bildung sei Selbstbildung – wenn sich Subjekte aber Bildung selbst aneigneten, dann müssten sie auch mitbestimmen können, unter welchen Bedingungen, wozu und wie das geschehe. Dies bedeute, dass Bildung ohne die Beteiligung der Kinder nicht zu haben sei. Damit werde Partizipation zu einem Schlüssel von Bildung. Dadurch könnten Selbst-, Sozial-, Sach- und Methodenkompetenz angeeignet werden. Es gebe in den Kitas die Praxis „verfassungsgebender Versammlungen“, die Demokratie in die Kita einführten. Es gebe immer wieder pädagogische Diskussionen, welche Rechte Kinder haben sollten. Ihm sei wichtig, dass sie überhaupt verbindliche Rechte haben – welche und wie viele, sei zweitrangig. Sie müssten im Alltag der Kita strukturell verankert sein. Die Rechte müssten den Kindern zugestanden werden – dies erfolge in diesen verfassungsgebenden Versammlungen. Den Teams der ErzieherInnen bleibe die Entscheidung überlassen, worüber die Kinder auf jeden Fall und worüber sie auf keinen Fall mitentscheiden sollen. In diesen Verfassungen gebe es Verfassungsorgane, Zuständigkeits- und Geltungsbereiche sowie Übergangsbestimmungen. Organe seien beispielsweise Gruppenkonferenzen oder das Kinderparlament oder Kinderräte. Entschieden werde über die Selbstbestimmung im Alltag: den Tagesablauf, die Raumgestaltung, die Regelung der Mahlzeiten usw. Es seien immer wieder triviale Fragen, die das pädagogische Verhältnis stark dominierten.

Rechte zu haben, vermittele die Anerkennung, ein berechtigtes Mitglied einer Gemeinschaft zu sein und deren Achtung führe zur Selbstachtung. Teilnahme an Demokratie fördere Integration. Partizipation sei der Schlüssel zu Bildung und Demokratie und beginne in den Köpfen der Erwachsenen. Sie müssten Macht abgeben. Parti-

zipation brauche methodische Kompetenzen, entstehe durch Erfahrung und Reflexion. Sie führe zu Teamentwicklungsprozessen und pädagogischer Qualifikation bei den ErzieherInnen. Bei den Kindern entwickle sich eine politisch-demokratische Kompetenz und ein positives Bild von Demokratie und Politik. Ihr Selbstbewusstsein und ihre Selbstwirksamkeit würden gestärkt. Auch werde die Sprach- und Argumentationskompetenz erhöht. Damit erfolge Sprachförderung im Rahmen von alltäglichen Themen. Die Kommunikationskooperation, die Lösungskompetenz sowie Ausgeglichenheit und Zufriedenheit stiegen an.

2.1.2. Expertengespräch mit Detlef Raabe (Deutscher Bundesjugendring-DBJR) und Bernd Mones (Landesjugendring - LJR Brandenburg) zum Thema „Jugendverbandsarbeit und Demokratie / SGB VIII-Reform und deren Auswirkungen auf die Jugendhilfelandchaft“

Herr Bernd Mones (LJR Brandenburg) wies darauf hin, dass er die Zielstellung der SGB VIII-Reform und die wesentlichen Umsetzungsschritte zunächst grundsätzlich sehr begrüßt habe. Die quantitative Ausweitung der Kindertagesbetreuung sei unumgänglich und unter dem Ziel der besseren Vereinbarung von Familie und Beruf und dem Anspruch von Bildung und Betreuung sehr wichtig. Kritische Anmerkungen gebe es zur Tagespflege sowie zur Zulassung von Trägern, die „nur noch“ die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen erfüllen müssten. Damit würde auf bundesgesetzlicher Ebene festgestellt, dass das Erfordernis der Gemeinnützigkeit nicht mehr gegeben sein müsse. Auf Landesebene habe es diese Möglichkeit schon immer gegeben und diese habe auch nicht zu negativen Entwicklungen geführt. Aber ein Land könne die Trägerlandschaft gut übersehen. Wenn diese Möglichkeit nunmehr auf ein bundesgesetzliches Niveau gehoben werde, gehe damit das mehr oder weniger eindeutige Signal in die Länder, dass Kindertageseinrichtungen ganz grundsätzlich diesen Erfordernissen nicht mehr zwingend genügen müssen. Nach wie vor sei man aber von der Intention des Gesetzes ausgegangen, dass Träger von Einrichtungen grundsätzlich gemeinnützige Ziele verfolgen müssen. Nach seiner Auffassung sei diese Öffnung auch nicht erforderlich, um die angestrebte Erhöhung der Betreuungsplätze zu erreichen. Wenn von den Kostenträgern die finanziellen Mittel

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

zur Verfügung gestellt würden, wäre der Ausbau der Kindertagesbetreuung in quantitativer Hinsicht - wie auch in der Vergangenheit - durch die bisherigen Träger ohne Probleme erreichbar.

Kritisch sei, dass eine Erweiterung der Tagespflegestellen auf fünf Plätze möglich werde, ohne dass hierfür zwingend eine Betriebserlaubnis wie für Kindertageseinrichtungen gefordert werde. Die Einhaltung der Qualitätsstandards könne dann nicht mehr sichergestellt werden. Damit könnten größere Tagespflegestellen ohne eine gesicherte Qualifikation der Betreuungspersonen eingerichtet werden.

Herr Detlef Raabe (DBJR) nahm Bezug auf die europäische Komponente. Er sehe in der derzeit geplanten Formulierung ein großes Einfallstor für eine komplette Öffnung für die Dienstleistungsrichtlinie und damit für eine komplette Öffnung für alle Anbieter im europäischen Bereich auf diesem Markt. Damit stelle sich die Frage, inwieweit man die vorgesehenen Standards noch halten wolle. Man müsse sich die Herausforderungen anschauen, um die sehr große Sorge vor den privaten Anbietern zu verstehen. Im Hinblick auf den demografischen Wandel ergebe sich in den nächsten Jahren ein besonderer Anspruch an die Arbeit der Jugendverbände, nämlich als eine wesentliche Bildungsarbeit im außerschulischen Bereich. Demografischer Wandel bedeute nicht nur Änderungen in der Altersstruktur, sondern auch strukturelle Verschiebungen. So werde es in weiten Teilen des Landes eine Ausdünnung und damit Finanzierungsfragen geben. Es werde ein Rückbau der Infrastruktur befürchtet. Auch werde eine weitere Entmischung der Bildungsschichten mit der Konsequenz vermutet, dass in den stärker vom Bevölkerungsrückgang betroffenen Gebieten die Bildungsniveaus weiter absinken werden. In der Konkurrenzsituation mit freien Anbietern werde es für die klassische Jugendverbandsarbeit mit ihrem Bildungsansatz immer schwieriger. Es werde sehr stark auf den Fun-Faktor angelegte Angebote bzw. reine Betreuungsarbeit geben.

2.1.3. Expertengespräch mit Daniel Wucherpfenning (DGB-Jugend Berlin-Brandenburg) zum Thema „Mitbestimmungsrechte in und außerhalb der Schule (Ausbildungsplatz, Freiwilligendienst)“

Herr Daniel Wucherpfennig (DGB-Jugend Berlin-Brandenburg) erklärte, dass die DGB-Jugend insbesondere in der betrieblichen Ausbildung aktiv sei. Die Jugend- und Auszubildendenvertretung setze sich nach dem Betriebsverfassungsgesetz, nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz und den Landesvertretungsgesetzen der Länder zusammen. Es gebe in Deutschland eine Vielzahl von Mitbestimmungsmöglichkeiten. Die KollegInnen in den Interessenvertretungen benötigten bestimmte Schutzrechte, wenn sie dem Arbeitgeber gegenübertraten und ihm erklären, dass bestimmte Abläufe im Betrieb nicht ordnungsgemäß sind. Sie benötigten einen besonderen Kündigungsschutz. Diese Regelungen – insbesondere § 78a Betriebsverfassungsgesetz zur Übernahme von Jugend- und Auszubildendenvertretungen – würden aber immer weiter aufgeweicht. Daraus ergebe sich die Forderung an den Gesetzgeber, mit einer verbindlicheren Übernahme einen größeren Schutz herzustellen. Insbesondere in den Großunternehmen Deutschlands habe man eine sehr gute Mitbestimmungsstruktur und –kultur, aber diese Unternehmen arbeiteten in ganz Europa. Derzeit gebe es keine gesetzlichen Möglichkeiten, dort europaweit Auszubildendenvertretungen zu platzieren.

In den außerbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen gebe es rechtliche Lücken. Der erste Anlauf einer Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes dahingehend, dass auch hier Jugend- und Auszubildendenvertretungen gewählt werden können, sei unter der rot-grünen Regierung nicht geglückt. Auch seien die Rechte dieser Interessenvertretungen nicht definiert. Mittlerweile bestehe zwar die Möglichkeit einer Wahl, aber wie diese Interessensvertretung gewählt werden soll, sei nirgendwo geregelt. Es fehle die Verordnung, um auch gegen den Willen der Geschäftsführung Interessenvertretungen der Auszubildenden wählen zu können. Hinsichtlich der Mitbestimmungsrechte in mittleren Unternehmen gebe es die Forderung, die Schwellenwerte im Betriebsverfassungsgesetz von zehn auf fünf Personen zu verringern.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Für die Mitbestimmung in Schulen gelte es, eine bundeseinheitliche Regelung zu schaffen. Wegen der Länderhoheit habe man für die Vertretung der SchülerInnen fast 16 verschiedene Regelungen.

Er verwies weiter darauf, dass nach den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zwischen Ausbildungsplatzbewerbern und den Angeboten an betrieblichen Ausbildungsplätzen immer noch eine Lücke von 200.000 klaffe. Das Bundesinstitut für berufliche Bildung habe vor einem Jahr dargestellt, dass es nicht stimme, dass die Leistungen der SchülerInnen im Vergleich der letzten 10 Jahre schlechter geworden seien. Die Betriebe würden vielmehr die Anforderungen an Auszubildende sukzessive nach oben schrauben. Die Betriebe bevorzugten Abiturienten, die auch auf den Ausbildungsmarkt drängten. Seit 15 Jahren habe man die Entwicklung, dass viele Ausbildungsträger zahlreiche Maßnahmen ermöglichten. Es werde versucht, auf diesem Ausbildungsmarkt zahlreiche Mechanismen zu implementieren – und sie funktionierten nicht. Man wisse nicht, wie viele einjährige oder kürzere Maßnahmen es eigentlich gebe. Bundesweit seien von den arbeitssuchenden Jugendlichen vierzig Prozent Altbewerber.

2.1.4. Stellungnahme der Kinderkommission

Die aus den Expertengesprächen gewonnenen Erkenntnisse und die Ergebnisse ihrer Beratungen fasste die Kinderkommission in der folgenden Stellungnahme zusammen, die dem Ausschuss und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den kommunalen Spitzenverbänden und den Verbänden zugeleitet wurde:



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/28

Berlin, 9. Juni 2009

Diana Golze, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-38055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Kinderkommission fordert wirksame Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche

Die Chancen im deutschen Bildungssystem hängen nachweislich von der sozialen Herkunft ab. Benachteiligende Lebenslagen wirken sich nicht nur negativ auf die Bildungskompetenzen aus, indem die soziale Herkunft eine umfangreichere Bildungsförderung behindert. Hinzu kommt, dass selbst bei gleicher Leistung oft auch der familiäre Hintergrund der Schüler/innen maßgeblich über ihre Bildungschancen entscheidet. Die Kinderkommission setzt sich dafür ein, dass alle Kinder, mit und ohne Migrationshintergrund, mit und ohne Behinderung sowie unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gefördert werden und lernen können.

Im Hinblick auf außer-schulische Bildung ist es wichtig, die Vorbildwirkung der Kinder- und Jugendhilfe zu betonen. Schule kann vom eigenständigen Bildungsauftrag der Jugendarbeit profitieren. Millionen von Kindern und Jugendlichen nutzen die außerschulischen Bildungsangebote in Vereinen, Jugendverbänden und Einrichtungen der Jugendarbeit. Die Kinderkommission hält es für unentbehrlich, den mehrfach geäußerten förderpolitischen Anspruch, dass die Jugendhilfeaufgaben deren Aufgaben zu folgen haben, bei allen anstehenden Veränderungsprozessen, die mit Aufgabenerweiterungen für die Jugendarbeit einhergehen, zu berücksichtigen.

Der 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung bekennt sich zum „Aufwachen in öffentlicher Verantwortung“. Laut Artikel 24 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union wird die Meinung von Kindern in den Angelegenheiten, die sie betreffen, in einer ihrem Alter und ihrem Reifegrad entsprechenden Weise berücksichtigt. Mit Bezug auf die UN-Kinderrechtskonvention, das Grundgesetz und das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) ergeben sich hieraus



Verpflichtungen zu gerechten Bildungschancen, Kinderrechten und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestags empfiehlt den Bundesländern die Förderung von Kinder- und Jugendparlamenten in den Kommunen. Dies soll jungen Menschen Demokratie lern- und erlebbar machen. Kinder- und Jugendparlamente sind aber nur eine Form der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Es bedarf zusätzlich altersangepasster und an den Interessen orientierter Mitwirkungsmöglichkeiten. Offene Beteiligungsformen, wie z.B. Zukunftswerkstätten oder Stadtteilstudien, die den Kindern Spaß machen, konkret ihr Lebensumfeld betreffen und zeitnah umgesetzt werden können, sollen gefördert werden. Zentral ist jedoch, dass die Beteiligung nicht bloße Alibi-Funktion hat und Kinder wie Jugendliche ernst genommen werden.

Zur Stärkung der Teilhabe-Rechte von Kindern und Jugendlichen muss an den Orten angesetzt werden, wo sich Kinder und Jugendliche in der Regel aufhalten (in Kindertagesstätten, Schulen, Horten, Jugendklubs und -zentren, am Ausbildungsplatz, beim Studium etc.). Vor diesem Hintergrund fordert die Kinderkommission eine Sicherung der Teilhabe aller Kinder am gesellschaftlichen Leben unabhängig von ihrer Herkunft und dem Erwerbsstatus ihrer Eltern.

Ein sogenanntes Wahlrecht von Geburt an lehnt die Kinderkommission ab, da es in seinen Konsequenzen gerade nicht den Ansprüchen von Kindern und Jugendlichen an Beteiligung gerecht wird. Weder entspricht ein Stellvertreterwahlrecht den demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes und den allgemeinen Grundsätzen des Wahlrechts, noch verbessert es die Situation von Kindern und Jugendlichen in Fragen der Mitbestimmung wirklich.

Integration bedeutet aktive Interaktion und Teilhabe. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche, wie die UN-Kinderrechtskonvention vorschreibt. Deshalb fordert die Kinderkommission auch die Rücknahme der Vorbehaltserklärung der Bundesregierung zur UN-Kinderrechtskonvention. Ferner setzt sich die Kinderkommission für die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz ein.

Diana Golze, MdB

2.2. Kinderarmut

Zu diesem zentralen Thema der Vorsitzzeit von MdB Diana Golze wurde neben mehreren Expertengesprächen am 5. November 2008 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt.

2.2.1. Expertengespräch mit Frau Gerda Holz (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Gemeinnütziger e.V.) zum Thema „Ursachen und Folgen von Kinderarmut“

Frau Gerda Holz (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Gemeinnütziger e.V.) stellte eingangs klar, dass Kinderarmut eine Folge von Einkommensarmut der Familien sei. Erschwerend kämen soziale Belastungen, wie Überschuldung, Krankheit oder gar Trennung hinzu. Es sei außerdem wichtig, zwischen Ursachen und Risiken der Armut zu unterscheiden. So sei manches zwar ein Risiko für Armut, aber nicht unbedingt der Grund für diese Lebensumstände. Kinderarmut habe eindeutige Auswirkungen auf den Werdegang von Kindern. So sei die Tendenz des Abstiegs bei armen Kindern und des Aufstiegs bei nicht armen Kindern eindeutig. Denn Bildung und Vermittlung von Wissen sowie die soziale Herkunft seien unmittelbar miteinander verbunden. Deshalb sei es wichtig, von außen unterstützend zu wirken und Infrastrukturen sowie öffentliche Kinder- und Jugendeinrichtungen verstärkt auszubauen. Für eine positive Entwicklung von Kindern aus ärmlichen Verhältnissen sei es aus pädagogischer Sicht außerdem wichtig, die „ICH- Kompetenzen“ ins Bewusstsein zu rufen. Zum einen müsste das Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen besonders der von Armut betroffenen Kinder und zum anderen die Beziehung zwischen Eltern und Kindern gefördert werden. Für den Weg eines Kindes sei ein positives Familienklima entscheidend und armutsbetroffene Eltern seien hoch belastet. Um ihre Erziehungskompetenzen zu unterstützen, seien finanzielle Sofortmaßnahmen für ihre Kinder bedeutungsvoll und nötig. Entscheidend sei die Erkenntnis, dass Armutsprävention ein gemeinsames Vorhaben sein müsse.

2.2.2. Expertengespräch mit Dr. Irene Becker (Universität Duisburg-Essen) und Dr. Johannes Steffen (Arbeitnehmerkammer Bremen) zum Thema „Kinderarmut und Sozialpolitik“

Frau Dr. Irene Becker (Universität Duisburg-Essen) verwies darauf, dass auf der Basis des sozioökonomischen Panels von 1999 bis 2005 ein deutlicher Anstieg der Armutsquote zu verzeichnen sei. 2005/2006 konstatierte man insgesamt einen leichten Rückgang der Armutsquote. Ursachen hierfür seien der Rückgang der Arbeitslosigkeit, das reale Wirtschaftswachstum sowie der Umstand, dass sich die Armutsgrenze trotz Stärkung des Wohlstands nicht mehr verändert habe. Von 1999 bis 2002 sei ein beachtlicher Anstieg des Kindergeldes zu erkennen. In diesem Zeitraum habe sich das im Sozialbudget nachgewiesene Volumen von Kindergeld und Familienlastenausgleich erheblich erhöht. Dennoch sei Ende der 90er Jahre/Anfang 2000 die Kinderarmutsquote merklich gestiegen. In einer Untersuchung zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht sei festgestellt worden, dass der armutsvermindernde Effekt der Kindergelderhöhungen von mehr als 40 Euro lediglich bei 1,6 Prozentpunkten liege. Um Kinderarmut effektiv zu bekämpfen, müssten mehr zielgerichtete Maßnahmen eingeleitet werden – z.B. beim Kinderzuschlag. Auch werde man an einem Überdenken des Grundsicherungsniveaus von Familien nicht vorbeikommen.

Paare mit drei und mehr Kindern hätten ein höheres Armutsrisiko als Paare mit einem Kind hätten. Da es aber innerhalb dieser Gruppe eine starke Ungleichheit gebe, sei sie skeptisch, ob ein erhöhtes Kindergeld für Familien mit mehreren Kindern zielführend sein könne. Damit erreiche man auch nicht die Alleinerziehenden und dort gebe es das größte Armutsrisiko. Allein mit einem Mindestlohn könne die Kinderarmut nicht bekämpft werden. Das große Problem aus ihrer Sicht sei das hohe Mietenniveau. Diese Kosten machten einen großen Teil der gesamten Hartz IV- oder ALG II-Leistungen aus.

Dr. Johannes Steffen (Arbeitnehmerkammer Bremen) machte deutlich, dass es ihm um die Hilfebedürftigkeit im Sinne des SGB II in Erwerbstätigenhaushalten mit Kindern gehe. Der Bedarf nach SGB II setze sich im Wesentlichen aus den Kosten der Unterkunft und dem Regelbedarf zusammen. Dem werde ganz abstrakt das anre-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

chenbare Erwerbseinkommen, das Kindergeld und evtl. Unterhaltsvorschussleistungen bei Alleinerziehenden gegenübergestellt. Die Differenz zur Hilfebedürftigkeit werde dann durch SGB II-Leistungen ausgeglichen. Erwerbseinkommen, Kindergeld und aufstockende SGB II-Leistungen böten Ansatzpunkte zur Überwindung von Hilfebedürftigkeit.

Für das anrechenbare Erwerbseinkommen käme eine Ausweitung der Erwerbsarbeit, aber auch ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn in Betracht. Eine Kindergelderhöhung wäre wenig zielgenau, da sie nicht nur die hilfebedürftigen Familien betreffen würde. Schließlich gebe es die Möglichkeit der Ersetzung der aufstockenden SGB II-Leistungen durch vorgelagerte Sozialtransfers. Das beträfe Wohngeld und Kinderzuschlag. Sein Leitgedanke sei, dass die in nennenswertem Umfang Erwerbstätigen mit Kindern nicht auf ergänzende SGB II-Leistungen angewiesen sein dürfen. Die vorgelagerten Systeme – Erwerbsarbeit und Transfersystem – müssten die Unabhängigkeit von aufstockenden Fürsorgeleistungen garantieren.

Die Ergebnisse einer Untersuchung der Arbeitnehmerkammer Bremen zeigten, dass ein Kind ab 14 Jahren eine geringere Chance habe, Hilfebedürftigkeit zu überwinden, als ein unter 14-jähriges Kind. Dies folge daraus, dass sich mit der Vollendung des 14. Lebensjahres der Regelbedarf des Kindes um z.Z. 70 Euro erhöhe. Zur Bedarfsdeckung werde damit ein zusätzliches Bruttoentgelt der Eltern von deutlich mehr als 100 Euro erforderlich. Der Reformbedarf liege daher darin, die Höhe des Kinderzuschlags nach dem Alter der Kinder zu differenzieren. Ungleichheiten gebe es wegen der unterschiedlichen Steuerklassen auch zwischen Kindern verheirateter und unverheirateter Eltern. Sein Vorschlag sei insoweit die Einführung eines sog. Mietzuschlages in Höhe der gezahlten Lohn- bzw. Einkommensteuer einschließlich des Solidaritätszuschlags, der garantiere, dass Kinder verheirateter und unverheirateter Eltern die gleichen Chancen bei der Überwindung der Hilfebedürftigkeit hätten. Bei den Alleinerziehenden mit Unterhaltsvorschussleistungen gebe es insoweit Reformbedarf, als bei der Wohngeldberechnung Teile des Kinderzuschlags beim Einkommen berücksichtigt würden. Bei Alleinerziehenden ergebe sich auch die Situation, dass sie unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf Mehrbedarf von 36 Prozent des Regelsatzes haben. Durch diesen Mehrbedarf von z.Z. 126 Euro steige die Anforderung an das zu erzielende Bruttoentgelt der Alleinerziehenden um in der Regel

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

mehr als 250 Euro. Alleinerziehenden sollte man daher einen Erhöhungsbetrag zum Kinderzuschlag, entsprechend dem jeweils maßgeblichen Mehrbedarf wegen Alleinerziehung, gewähren. Dieser Erhöhungsbetrag wäre dann bei steigendem Nettoeinkommen zu kürzen.

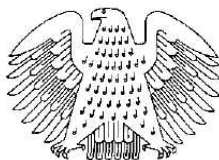
Aus allen seinen Vorschlägen würden sich fiskalisch keine Mehraufwendungen ergeben, da sie lediglich SGB II-Leistungen durch vorgelagerte Sozialtransfers „ersetzt“ würden. Die Verteilung der Last auf Bund, Länder und Gemeinden sei allerdings unterschiedlich.

2.2.3. Öffentliche Anhörung zum Thema „Strategien zur Bekämpfung von Kinderarmut“

Die zu dieser öffentlichen Anhörung eingeladenen Experten können der Pressemitteilung entnommen werden.

Zu dieser Anhörung hatte die Kinderkommission den unten abgedruckten Fragekatalog vorbereitet.

Der Inhalt dieser Anhörung kann dem Wortprotokoll unter <http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Anhoerungen/Kinderarmut/Protokoll.pdf> entnommen werden.



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 31. Oktober 2008

Öffentliche Anhörung der Kinderkommission „Strategien zur Überwindung von Kinderarmut“

Zeit: Mittwoch, 5. November 2008, 12.30 Uhr
Ort: Paul-Löbe-Haus, Raum 2.200

Die Überwindung von Kinderarmut ist eine der vordringlichsten Aufgaben in unserer Gesellschaft. Kinderarmut bedeutet nicht nur Mangel an materiellen Mitteln, sondern auch Mangel an Bildung, an Gesundheit sowie an Teilhabechancen in der Gesellschaft. Damit ist für viele Kinder ein durch Armut bestimmter Lebensweg vorgezeichnet. Diesen Mechanismus gilt es zu durchbrechen und die Armut der Familien zu überwinden. Mit welchen Strategien, mit welchen Maßnahmen kann dies gelingen?

Die vielfältigen Möglichkeiten und Ansätze, um Kinderarmut zu überwinden, will die Kinderkommission bei einer Anhörung mit folgenden Experten erörtern:

- Dr. Wilhelm Adamy (Deutscher Gewerkschaftsbund)
- Annette Berg (Jugendamt Monheim am Rhein)
- Marion von zur Gathen (Paritätischer Wohlfahrtsverband)
- Barbara König (Zukunftsforum Familie e. V.)
- Prof. Dr. Ronald Lutz (Fachhochschule Erfurt)
- Sabina Schutter (Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e. V.)

Interessierte Zuhörer melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Tel.: (030) 227-30551, E-Mail: kinderkommission@bundestag.de) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums an. Besucher werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

Informationen zur Übertragung im Parlamentsfernsehen unter: <http://www.bundestag.de/aktuell/tv/index.html>.

Bild- und Tonberichtersteller werden gebeten, sich beim Pressereferat (Telefon: 030/227-32929 oder -32924) anzumelden. Bitte im Sitzungssaal Handys ausschalten!

Herausgeber: Deutscher Bundestag - Presse und Kommunikation (PuK 1) - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Pressestelle: Telefon +49-30/227-37171 - Fax +49-30/227-36192
Internet: www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de

**Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/22**

**Fragenkatalog
für die öffentliche Anhörung zum Thema
„Strategien zur Überwindung von Kinderarmut“
Mittwoch, 5. November 2008, 12.30 bis 15.30 Uhr**

1. Was sind für Sie die wichtigsten kommunalen, landes- und bundespolitischen Schritte zur Überwindung von Kinderarmut?
2. Welche Maßnahmen sind auf den einzelnen Ebenen im Bereich Bildung, Infrastruktur, Betreuung und Jugendhilfe zu ergreifen?
3. Welche Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. für eine familienfreundliche Arbeitswelt wären zu empfehlen?
4. Welchen Stellenwert haben Maßnahmen zur Eindämmung von Niedriglohnbeschäftigung und Erwerbslosigkeit?
5. Was braucht ein Kind für eine gute Förderung seiner Entwicklung und wie kann bzw. soll dieser Bedarf bemessen sein (Infrastruktur/Ressourcen)? Sehen Sie die Notwendigkeit einer spezifischen Bedarfsermittlung für Kinder und Jugendliche und wie hoch schätzen Sie diesen Bedarf ein?
6. Grundlage für die Bemessung des Existenzminimums eines Kindes ist der Eckregelsatz des SGB XII, an dem sich das SGB II orientiert. Halten Sie die prozentuale Ableitung des Hartz IV-Satzes eines Kindes vom Bedarf eines Erwachsenen für sachgerecht?
7. Wie würde sich eine Erhöhung des Bedarfssatzes nach den gängigen Armutsdefinitionen (Kinder im SGB II-Bezug/Prozentualer Anteil am Medianeinkommen) auswirken? Wie wäre ggf. der Effekt zu beurteilen, dass eine Erhöhung der Transferleistungen zu einer ungünstigeren Quote führen kann?
8. Sollte eine evtl. Erhöhung ohne Vorgaben in Form von Barleistungen ausgezahlt werden oder gibt es Gründe, die für eine zweckgebundene Verwendung sprechen (z. B. Gutscheine für Schulessen o. ä.)? Wie wäre dies ggf. umzusetzen?
9. Wie sollten Transferleistungen an Kinder und insbesondere Kinderzuschlag, Kindergeld und Kinderregelsätze beschaffen sein, um wirksam Kinderarmut zu vermeiden und wie könnte man sie effizienter ausgestalten?
10. Empfehlen Sie eine Staffelung des Kinderzuschlags nach Alter des Kindes als Mittel der Kinderarmutsbekämpfung?

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

11. Empfehlen Sie eine Staffelung des Kindergeldes nach Anzahl der Kinder als Mittel der Kinderarmutsbekämpfung?
12. Wie bewerten Sie Konzepte für eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung, die die bisherigen Leistungen für Kinder bündelt und weiterentwickelt? Wie bewerten Sie andere Konzepte beispielsweise in Form eines Bürgergeldes?
13. Welche anderen Maßnahmen sollten ergriffen werden, um Kinderarmut zu überwinden?
14. Wie wirken die Instrumente der Armutsbekämpfung? Müssen innerhalb der Instrumente Infrastruktur und materielle Versorgung Prioritäten gesetzt werden? Wenn ja, welche?
15. Welche Mechanismen führen zur sogenannten „vererbten Armut“ und wie können diese durchbrochen werden? Wie kann verhindert werden, dass eine höhere Transferleistung für Kinder von Eltern mit geringeren Einkommenschancen den Anreiz zu eigenem Erwerbseinkommen vermindert?

2.2.4. Expertengespräch mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge (Universität zu Köln) zum Thema „(Kinder-)Armut und Sozialstaatsentwicklung“

Prof. Dr. Christoph Butterwegge (Universität zu Köln) meinte einleitend, für ihn sei Kinderarmut ein politisches Armutszeugnis für eine so reiche Gesellschaft. Er beobachte in den letzten Jahren, dass sich die Politik zwar stärker damit befasse, die Initiativen seien jedoch nicht ausreichend. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht habe das Problem eher beschönigt, wenn er feststelle, dass nur 12 Prozent der Kinder arm bzw. von Armut bedroht seien. Es gebe Zahlen, beispielsweise des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, die sehr viel höher lägen. Nach den Angaben der Bundesagentur für Arbeit, die regelmäßig die Anzahl der Kinder in SGB II-Bedarfsgemeinschaften ermittle, hätten im März 2007 von ungefähr 11,5 Mio. Kindern unter 15 Jahren 1,928 Mio. Kinder vom Sozialgeld gelebt. Es gebe eine große Kluft im Ost-West-Verhältnis, aber auch ein Nord-Süd-Gefälle.

Zwar gebe es Armut von Kindern solange es Menschen gebe, aber man müsse die heutigen spezifischen Faktoren erkennen. Die Globalisierung stelle eine Umstrukturierung fast aller Gesellschaftsbereiche nach dem Vorbild des Marktes dar. Die Arbeitswelt sei die eine Ursache für die Kinderarmut. Neben der Massenarbeitslosigkeit gebe es die Aushöhlung des normalen Arbeitsverhältnisses. An dessen Stelle oder zumindest daneben trete zunehmend das prekäre Beschäftigungsverhältnis. Es gebe zahlreiche Beschäftigungsformen, die die Ernährung einer Familie erschwerten. Die andere Ursache liege in der Enttraditionalisierung der Familie. Sehr stark betroffen von Kinderarmut seien die Kinder von Alleinerziehenden. Aber auch in Patchworkfamilien steige das Risiko der Kinderarmut. Die dritte Ursache ergebe sich aus dem Um- bzw. Abbau des Sozialstaates. Das Soziale werde immer mehr dem Ökonomischen untergeordnet. Das Soziale habe damit keinen – wie im Grundgesetz verankert – Eigenwert mehr. Es werde unter den Imperativ subsumiert, den Wirtschaftsstandort Deutschland möglichst zu erhalten. Mit den Leistungskürzungen werde der Sozialstaat zunehmend ein Minimalstaat. Außerdem steige der Druck auf alle, die Sozialleistungen erhalten. An Stelle des Sozialversicherungsstaates trete verstärkt ein Fürsorge- und Almosenstaat. Die Bedürftigen würden verstärkt der Privatwohl-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

fahrt überantwortet. Die Hartz IV-Gesetzgebung führe dazu, dass Arbeitslose bereits nach relativ kurzer Zeit eine Absenkung des Lebensstandards hinnehmen müssen. Auch bringe die Pauschalierung besonders für kinderreiche Familien Nachteile mit sich. Die Absenkung des Regelsatzes für Schulkinder führe ebenfalls zu einer Verschlechterung.

Nach seiner Analyse müsse man als Gegenmaßnahme mit der Rekonsolidierung des Normalarbeitsverhältnisses beginnen. Dafür würden sich ein gesetzlicher Mindestlohn, die Stärkung der Flächentarifverträge, Arbeitszeitverkürzungen und das Verbot von Überstunden anbieten. Wichtig sei die Ganztagsbetreuung, die einerseits den Kindern Bildungsanregungen geben könnte und andererseits insbesondere den Alleinerziehenden eine volle Erwerbstätigkeit ermöglichen würde. Darüber hinaus sollte mit der Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild die soziale Selektion verhindert werden. Es müsse eine bedarfsorientierte, armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung für Kinder geben. Über die Besteuerung könnte dafür gesorgt werden, dass die bedürftigen Familien entsprechend mehr erhalten. Er sehe im Kindergeld eine sozialpolitische und keine – wie das Bundesverfassungsgericht – steuerpolitische Leistung.

2.2.5. Stellungnahme der Kinderkommission

Die Auswertung der öffentlichen Anhörung und der Expertengespräche führte zu folgender Stellungnahme der Kinderkommission:



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/29

Berlin, 16. Juni 2009

Diana Golze, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-38055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Kinderkommission gegen Kinderarmut

Die Kommission zur Wahrnehmung der Belange von Kindern des Deutschen Bundestages hält die Armut von Kindern und Jugendlichen für eines der schlimmsten, aber auch vermeidbarsten Probleme in Deutschland. Bei der Bekämpfung von Kinderarmut gibt es keine einfache Lösung für das gesamte Problem. Es bedarf einer Vielzahl von Aktivitäten auf allen politischen Ebenen. Wichtig dabei ist, dass soziale Transfers nicht gegen infrastrukturelle Investitionen ausgespielt werden sollten. Auf beiden Gebieten sind dringend Verbesserungen zugunsten der Kinder durchzusetzen. Dies ergab (auch) eine Anhörung der Kinderkommission zum Thema „Maßnahmen gegen Kinderarmut“.

Die Kinderkommission schließt sich dem Beschluss des Bundesrates an, dass „die in § 24a Satz 1 SGB II und in § 28a Satz 1 SGB XII vorgesehene Begrenzung der Leistungsgewährung auf Schülerinnen und Schüler bis zum Abschluss der Jahrgangsstufe 10 zu streichen (ist). Der Leistungsausschluss für Schülerinnen und Schüler, die einen höheren Bildungsabschluss anstreben, ist sachlich nicht gerechtfertigt und bildungspolitisch kontraproduktiv. Gerade Leistungsempfänger nach dem SGB II und SGB XII, die einen höheren Bildungsabschluss anstreben, sollten angesichts der Diskussionen um die soziale Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems gegenüber anderen Schülerinnen und Schülern in Sozialleistungsbezug nicht finanziell benachteiligt werden. Zudem widerspricht der Leistungsausschluss der politischen Zielsetzung, den Anteil der Personen mit einem höheren Bildungsabschluss in den kommenden Jahren signifikant zu steigern.“ (Drs. 753/08 [B] v. 7.11.2008). Vor diesem Hintergrund wird die nachträgliche Ausweitung des Schulbedarfspaketes von der Kinderkommission sehr begrüßt.



Kinder sind eine eigenständige Bevölkerungsgruppe mit eigenständigen Rechten und Ansprüchen an die Gesellschaft. Aus diesem Gedanken leitet die Kinderkommission viele ihrer politischen Forderungen ab. Von der Aufnahme von expliziten Kinderrechten in das Grundgesetz bis zum Erhalt des Kinder- und Jugendhilfegesetzes hat die Kinderkommission hierzu bereits verschiedene Stellungnahmen abgegeben und Forderungen formuliert.

Gemeinsam mit dem Bundesrat fordert die Kinderkommission die Bundesregierung auf, „wie auch bereits in der Entschließung des Bundesrates vom 23. Mai 2008, vgl. BR-Drucksache 329/08 (Beschluss), die **Regelleistungen sowie die Regelsätze für hilfebedürftige Kinder neu zu bemessen**. Hierbei sind die besonderen Bedarfe für die Mittagsverpflegung in Ganztagschulen oder Schulen mit einem Bildungs- und Betreuungsangebot am Nachmittag und in Kindertageseinrichtungen zu berücksichtigen.“ (Drs. 753/08 [Beschluss] vom 7.11.2008).

Sozialleistungen für Kinder in Hartz-IV müssen sich an deren Bedarf orientieren. Generell ist eine konkrete kinderspezifische Bedarfsanalyse notwendig. Bei der Erhebung müssen die Kosten für eine gesunde Ernährung, Kleidung, Schulbesuch und Teilnahme an kulturellen Angeboten einbezogen werden. Die Kinderkommission setzt sich dafür ein, dass Kinder gesund aufwachsen, freien Zugang zu guter Bildung haben und gleichberechtigt am alltäglichen Leben teilhaben können.

Gleichzeitig müssen verstärkt Investitionen in infrastrukturelle Fördermaßnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit sowie Kinder- und Jugendhilfe unternommen werden. Millionen von Kindern und Jugendlichen nutzen die außerschulischen Bildungsangebote in Vereinen, Jugendverbänden und Einrichtungen der Jugendarbeit. **Die Kinderkommission hält es für unentbehrlich, den mehrfach geäußerten förderpolitischen Anspruch, dass die Jugendhilfeausgaben deren Aufgaben zu folgen haben, bei allen anstehenden Veränderungsprozessen, die mit Aufgabenerweiterungen für die Jugendarbeit einhergehen, zu berücksichtigen.**

Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit müssen durch eine Gemeinschaftsanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen rückgängig gemacht werden. Nur mit personell und finanziell gut ausgestatteten Jugendämtern sowie einheitlichen Qualitätsstandards für die Kinder- und Jugendhilfe kann auch ein adäquater Kinderschutz gelingen.



Entsprechend der Bedeutung der **Jugendarbeit** gerade in **strukturschwachen Regionen** muss diese auf finanziell sichere Füße gestellt werden. Der demographische Wandel sowie die anhaltende Abwanderung aus Ostdeutschland dürfen nicht für Einsparungen in einem so sensiblen Bereich wie der Kinder- und Jugendhilfe genutzt werden. Das Gegenteil sollte der Fall sein. Investitionen in qualifiziertes Personal sind notwendig, um Familien mit Kindern frühzeitige professionelle Hilfe anbieten zu können.

Kinder- und Jugendhilfeleistungen nach SGB VIII haben ihre vorrangige Berechtigung und dürfen nicht aus Finanzierungsproblemen heraus durch Maßnahmen des Sozialgesetzbuches II ersetzt werden. Grundsätzlich bedarf die besondere Bedeutung der Jugendsozialarbeit im Kontext des sozialstaatlichen Grundverständnisses des SGB VIII der Stärkung, weil die Angebote des SGB II für viele junge Menschen nicht deren komplexen Alltagsproblemen, deren Erfahrungen des Scheiterns, deren Lern- und Verselbständigungsproblemen entsprechen. Für eine Stärkung fordert die Kinderkommission eine bessere Verzahnung der Jugendsozialarbeit nach SGB VIII mit den Leistungen nach SGB II. Die Kinderkommission empfiehlt eine bessere finanzielle Absicherung der Aufgabenstellungen der Jugendsozialarbeit, etwa durch eine gesetzliche Ergänzung in den landesgesetzlichen Ausführungsgesetzen zum SGB VIII (im Sinne des § 79 SGB VIII). Dabei wäre auch an eine Stärkung des Jugendwohnens nach §§ 13 Abs.3, 19, 41 SGB VIII zu denken.

Die Kinderkommission möchte die Rechtsperspektive des Kindes in den Mittelpunkt stellen. Langfristig sollen alle Rechte von Kindern und alle Leistungen für Kinder in einem Gesetz zusammengefasst werden.

Diana Golze, MdB

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Diese Stellungnahme wurde an folgende Adressaten gesandt:

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Bundesministerium für Gesundheit
Bundesministerium für Finanzen
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Ministerpräsidenten der Bundesländer
Kommunale Spitzenverbände
Verbände

2.3. Kinder- und Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit

Zu diesem Thema informierte sich die Kinderkommission im folgenden Expertengespräch.

Expertengespräch mit Prof. Dr. Peter Schruth (Hochschule Magdeburg-Stendal) und Prof. Dr. jur. Helga Spindler (Universität Duisburg-Essen) zum Thema „Vorrang der Jugendsozialarbeit und Berufshilfe gemäß SGB VIII gegenüber SGB II“

Herr Prof. Dr. Peter Schruth (Hochschule Magdeburg Stendal) erläuterte, dass § 13 SGB VIII einen subjektiven Rechtsanspruch darstelle. Er eröffne wegen seiner tatbestandlichen Unbestimmtheit kommunale Gestaltungsmöglichkeiten. Seine Anwendung sei aber bereits vor der Einführung des SGB II stark zurückgegangen. Aus seiner Sicht sei die Leistungskonkurrenz zwischen § 13 SGB VIII und dem SGB II in der Rechtsliteratur weitgehend geklärt. Dennoch wendeten die Kostenträger der Jugendsozialarbeit § 13 SGB VIII nicht gesetzeskonform an. Für die hier zu klärende Leistungskonkurrenz sei es nicht einfach, klare allgemeine und verallgemeinerungsfähige Kriterien zu erhalten, denn die Einführung des SGB II und des SGB XII habe die Komplexität der sozialrechtlichen Schnittstellen verstärkt.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Zunächst müsse festgestellt werden, ob die Leistungsinhalte der konkurrierenden Normen überhaupt inhaltlich deckungsgleich seien. Denn nur dann bestehe überhaupt eine Leistungskonkurrenz und eine spezielle Kollisionsnorm entscheide den Vorrang der einen gegenüber der anderen Norm. Die Feststellung der Leistungskonkurrenz sozialrechtlicher Normen beruhe ganz wesentlich auf einem Vergleich der Leistungszwecke, so dass ein fachpolitisches Vakuum entstehe, das interessensgeleitet, aber nicht rechtsmethodisch und rechtsauslegend verbindlich gefüllt werde. Dies bedeute im Ergebnis, dass faktisch der „Vorrang“ – fern von rechtsstaatlicher Bindung der Verwaltung an das Gesetz – dort gesehen werde, wo öffentliches Geld vermutet werde.

Jugendhilfeintern stehe die Jugendsozialarbeit an der Nahtstelle zwischen den allgemeinen Angeboten der Jugendarbeit und den auf einzelne junge Menschen bezogenen individuellen Sozialisationshilfen. Jugendhilfeextern bestehe die Nahtstelle zum SGB II, SGB XII und auch zum SGB IX.

Der Kernbereich der Jugendsozialarbeit – Angebote für junge Menschen mit evidenten Hilfebedarfen für ihre soziale Integration – bewältige seine Aufgabe selten nur mit Ausbildungs- und Arbeitsangeboten, sondern regelmäßig mit der spezifischen Verknüpfung sozialpädagogischer Inhalte wie Freiwilligkeit, Vertrauen und kontinuierlicher Begleitung.

Die Anwendung des § 13 SGB VIII setze den Vergleich zur Situation eines durchschnittlich entwickelten jungen Menschen voraus. Nur solche sozialpädagogischen Hilfen stellten eine erhöhte Unterstützung im Sinne des § 13 SGB VIII dar, die dem besonderen Bedarf nach mehr als durchschnittlichen Förderungs- und Vermittlungsbemühungen in Ausbildung und Beruf und sozialer Integration gerecht würden. In der Praxis habe dieser erhöhte Unterstützungsbedarf seinen Ausdruck in den Leistungsbereichen der mädchen-spezifischen Arbeit, der besonderen Schulsozialarbeit, der mobilen Jugendarbeit mit sonst unerreichbaren Jugendlichen und insbesondere der zielgruppenspezifischen Jugendberufshilfen gefunden. Den Zielen der Jugendsozialarbeit und der Jugendarbeit gehe es gemeinsam um soziale Integration. Die Angebote der Jugendsozialarbeit gingen aber über die Angebote der Jugendarbeit hinaus, indem sie spezieller und individueller ausgerichtet seien. In Abgrenzung zu den Hilfen der Erziehung unterscheide sich Jugendsozialarbeit insbesondere dadurch, dass

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

hier die den Entwicklungsprozess behindernden Gründe weniger individuell als vielmehr gesellschaftlich bedingt seien. Jugendsozialhilfe habe nicht ein Erziehungsdefizit, sondern die soziale individuelle Benachteiligung von jungen Menschen zum Gegenstand.

Es gebe eine lohnarbeitszentrierte Auffassung, die bei der Leistungskonkurrenz für eine weite Ausgestaltung der sozialpädagogischen Anteile von SGB II und III plädiere und die die Arbeitsmarktintegration als maßgebliche Grundlage sozialer Integration favorisiere. Die andere Position – die sog. Aliudposition - sehe im gesetzlichen Alleinstellungsauftrag des § 13 SGB VIII eine originäre Aufgabe der Jugendhilfe. Diese sei zu stärken, weil für einige Zielgruppen – Schulschwänzer, Ausbildungsverweigerer, Dauerarbeitslose und Obdachlose – die dauerhafte Arbeitsmarktintegration nicht an erster Stelle stehe. Er sei ein Vertreter dieser Aliudposition, da der Gesetzgeber des SGB II die Regelung des § 13 SGB VIII unberührt gelassen habe. Nach seiner Auffassung seien die Leistungszwecke beider Gesetze grundsätzlich derartig unterschiedlich, dass sie weitgehend unvereinbar seien.

Er rege an, die Frage der Zielgruppen, der Leistungsinhalte und der Angebote mit sozialpädagogischem Inhalt klarer herauszuarbeiten. Das Profil des § 13 SGB VIII müsse geschärft werden, damit er auch abgrenzbarer angewendet werden könne. Man brauche Kooperationsvereinbarungen zwischen Jobcentern und Jugendämtern. Es fehlten Checklisten und Clearingsverfahren an den Schnittstellen und alltagstaugliche Verfahrensabläufe der Zusammenarbeit sowie Regularien im Falle der Uneinigkeit über sachliche Zuständigkeitsfragen. Maßgeblich für die Gestaltung der Schnittstelle müsse die Übertragung des Hilfeplanverfahrens nach § 26 SGB VIII sein. Bei der Verfahrensverantwortlichkeit spreche er von einer Art Erste-Hilfe-Zuständigkeit: Der Leistungsträger, bei dem der junge Mensch zuerst ankommt und seinen Hilfebedarf vorträgt, habe die Steuerungsfunktion und die Verantwortung. Auch sollte der Landesrechtsvorbehalt in § 15 SGB VIII so gestaltet sein, dass das Jugendamt immer mit am Tisch sitzt, wenn im Jobcenter eine Eingliederungsvereinbarung gestaltet wird.

Frau Prof. Dr. jur. Helga Spindler (Universität Duisburg-Essen) stellte fest, dass sie bei Modellprojekten zur Hartz-Reform gesehen habe, wie dominant auf die Jugend-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

beschäftigungsförderung zugegriffen worden sei. Es habe sich praktisch ein neues System zwischen die bestehenden Systeme geschoben, ohne dass eine klare Abgrenzung erfolgt sei. Die Hartz-Reform bewirke, dass die Jugendhilfeleistungen eingestellt würden. § 13 SGB VIII habe bewusst das Spektrum der Jugendhilfe ausgeweitet. Wenn man dies nicht mehr wolle, müsse man konsequenterweise diese Regelung streichen und sagen, dass die gesamte Berufseingangsförderung in den Händen der Jobcenter liegen solle. Das Problem sei, dass man mit dem SGB II einen neuen Leistungsträger habe, der ähnliche Dienstleistungen - Eingliederungshilfe für Behinderte und Maßnahmen der Beschäftigungsförderung – anbiete. Die Zielsetzungen seien jedoch unterschiedlich. Im SGB II gehe es darum, Hilfebedürftigkeit zu vermeiden bzw. zu verringern. Demgegenüber habe sowohl die Sozial- als auch die Jugendhilfe vom Gesetz her ganzheitliche Ansätze – menschenwürdiges Leben, Teilhabe an der Gemeinschaft, Entwicklung und Förderung junger Menschen -, die pädagogischere Leistungen zuließen. § 3 SGB II fordere, sofort in Arbeit oder Ausbildung zu vermitteln. Da dies im Regelfall nicht möglich sei, würden die jungen Menschen aus Verlegenheit und nicht aus Überzeugung und ohne Perspektive sofort in die Ein-Euro-Jobs geschickt. Die unter 25-jährigen seien doppelt so häufig wie alle anderen Altersgruppen in diesen Maßnahmen.

Ein grundsätzliches Problem der Hilfeleistungen des SGB II sei, dass sie nicht am Defizit der Jugendlichen ansetzen, denn diese kämen in diesem Alter nur durch ihre Eltern in den Anspruchskreis des SGB II. Die Defizite könnten jedoch ganz unterschiedlich sein. So gebe es neben den problematischen Jugendlichen auch Abiturienten und Realschüler mit Schwierigkeiten. In den Jobcentern gebe es keine Fachkräfte, die diese Schwierigkeiten aufarbeiten könnten. Es gebe Fallmanager, die nicht unbedingt pädagogisch geprägt sein müssen. Ein besonderes Problem des SGB II sei seine Sanktionsorientierung. Die unter 25-jährigen würden dreimal so scharf sanktioniert wie andere Gruppen. Die Frage sei, ob dieses System wirklich geeignet sei, die Jugendhilfe abzulösen. Aus ihrer Sicht fehlten Beweise dafür, dass das SGB II-System den unter 25-jährigen mehr bringe als die Jugendhilfe. Aus den Untersuchungen ergebe sich, dass die jungen Menschen im SGB II-System blieben, weil sie keine Perspektiven fänden.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

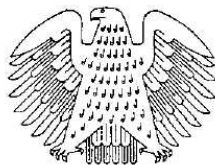
Bislang hätten die Kommunen Beschäftigungsförderungsleistungen im Umfang von 4 bis 5 Milliarden Euro zu Lasten des Bundes durchgeführt. Inzwischen wolle das Bundesarbeitsministerium diese nicht mehr finanzieren. Etwa die Hälfte davon seien verkappte Jugendhilfeleistungen. Daraus ergebe sich indirekt, dass man mit den Instrumentarien des SGB II eigentlich nicht klarkomme.

Um aus der Misere herauszukommen, müsse die Jugendhilfe klar und deutlich neben dem SGB II positioniert werden. Dies würde aber bedeuten, dass die Vorrangvorschrift des § 10 Abs. 3 SGB VIII, wonach alle Beschäftigungsleistungen des SGB II automatisch vorgehen, entfernt werden und man wieder in die Zeit der Parallelangebote zurückgehen müsse. Es müsse eine Koordinierung in umgekehrter Richtung geben: Die Jugendhilfe müsse die Federführung übernehmen und das SGB II könne bei beschäftigungsfördernden Elementen etwas dazu finanzieren. Sie selbst unterstütze mehr individuelle Rechte für junge Arbeitssuchende. Der Vorrang von Ausbildung müsse verstärkt und die Neigung berücksichtigt werden. Es müsse einen gleichmäßigen Zugang zur Berufsberatung geben. Im Moment kämen die jungen Menschen des SGB II nicht mehr an die Berufsberatung heran.

3. Weitere Beratungsthemen

3.1. Jugendschutz – Testkäufe durch Kinder und Jugendliche

Aufgrund der aktuellen politischen Debatte sah sich die Kinderkommission veranlasst, hierzu folgende Pressemitteilung zu veröffentlichen:



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 6. Juni 2008

Keine Testkäufe mit Kindern

Beschluss der Kinderkommission vom 4. Juni 2008

Die Kinderkommission appelliert an alle Verantwortlichen in den Landesbehörden, aber auch in den Kommunen, die Jugendschutzbestimmungen einzuhalten und Kinder nicht für Testkäufe einzusetzen. Der Jugendschutz muss für alle Kinder in allen Bundesländern und Gemeinden gelten.

Das Kindeswohl verlangt eine uneingeschränkte Einhaltung der Schutzbestimmungen für Kinder. Diese werden mit Kindern als Testkäufer ad absurdum geführt - von staatlichen Stellen wird aktiv gerade das Verhalten herbeigeführt, das durch das Jugendschutzgesetz verhindert werden soll.

Testkäufe mit Kindern sind aus ethischen, pädagogischen und entwicklungspsychologischen Gründen abzulehnen. Es ist Konsens in der Gesellschaft, dass es für die Entwicklung der Kinder wichtig ist, ihnen klar und eindeutig zu vermitteln, was „richtig und was falsch“ ist - das Auftreten der Kinder als „agent provocateur“ konterkariert diesen Grundkonsens. Der Zweck heiligt nicht die Mittel.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

3.2. Stellungnahme zum Thema „Kinder und Alltag“

Als Abschluss des Schwerpunktthemas „Kinder und Alltag“ von MdB Miriam Gruß beschloss die Kinderkommission folgende Stellungnahme:

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)



Deutscher Bundestag

Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Die Vorsitzende
Miriam Gruß, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Dienstgebäude: Dorotheenstr. 88
☎ (030) 227-30551
✉ (030) 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

**Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/20**

Berlin, 28. Juli 2008

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Kinder und Alltag“

Sicherheits- und Gesundheitsrisiken für Kinder im Alltag minimieren!

Kinder wollen ihre Umwelt selbst entdecken. Unsere Aufgabe ist es, die Sicherheits- und Gesundheitsrisiken dabei so gering wie möglich zu halten.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat sich aus der Vielzahl der Themen, die den Alltag von Kindern bestimmen, zwei Schwerpunkte herausgegriffen: Zum einen die Problematik der oftmals zu schweren Schulranzen, zum anderen Gefahrenquellen für Kinder im Haushalt.

Ziel der Bemühungen der Kinderkommission ist, das Leben und die Gesundheit von Kindern zu schützen und sicherer zu machen. Anlässlich des Schwerpunktes „Schwere Schulranzen“ führte die Kommission eine Aufklärungs-Aktion an einer Berliner Schule durch. In den Gesprächen mit Kindern und Lehrern erläuterten die Kommissionsmitglieder die Problematik zu schwerer Schulranzen und verteilten Faltblätter mit Tipps und Informationen für Schüler, Eltern und Lehrer. Stichprobenartig wurden außerdem die Ranzen der Schüler gewogen. Ergebnis: Einige der Kinder trugen im Verhältnis zu ihrem Körpergewicht einen zu schweren Schulranzen.

Neben dieser Aktion ließ sich die Kinderkommission auch von Experten beraten, um weitere (gesundheitliche) Gefahrenquellen im Alltag von Kindern zu lokalisieren und Lösungs- und Präventionsansätze zu erarbeiten.

Die Kinderkommission hat verschiedene Experten eingeladen, durch deren Anhörung sie zu folgenden Erkenntnissen und Ergebnissen kam:

- **Etwa 1,6 Mio. Kinder haben pro Jahr einen Unfall.**
- 175.000 Kinder verunglücken im Straßenverkehr, 961.000 in Schulen und Kindergärten, 464.000 Unfälle ereignen sich in Heim und Freizeit.
- Davon geschehen 209.000 Kinderunfälle jährlich nur im häuslichen Bereich, 47 Prozent der häuslichen Unfälle betreffen Kinder unter sechs Jahren, 60 Prozent dieser Unfälle von Kindern im Haushalt wären vermeidbar.
- Unfälle unterliegen regionalen Unterschieden: In städtischen Regionen sind die häuslichen Unfälle anders geartet als in ländlichen Regionen.
- 40 Prozent der Unfälle von Kindern ereignen sich im Zusammenhang mit Produkten (z. B. Grillbeschleuniger, kleinteiliger Spielzeug und Putzmittel, auch jene mit Sicherheitsverschlüssen, da Tests ergaben, dass diese zu schnell ausleiern).
- Besonderes Gefahrenpotential birgt die Kombination aus Spielzeug, Haushaltsartikeln und Nahrungsmitteln, da Kindern dadurch die Unterscheidung zwischen essbaren und nichtessbaren Teilen erschwert wird.
- Mit der CE-Kennzeichnung (= „Communauté Européennes“) an einem Produkt erklärt der Hersteller in Eigenverantwortung, dass dieses die grundlegenden Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen aller einschlägigen EG-Richtlinien erfüllt. Die CE-Kennzeichnung ist für manche Industrieerzeugnisse zwingend vorgeschrieben, setzt aber generell keine externe Prüfung vor der Markteinführung voraus.
- Das GS-Zeichen ist ein in Deutschland entwickeltes und teilweise auch international gängiges Qualitätszeichen, das geprüfte Sicherheit garantiert. Die Verwendung des GS-Zeichens ist freiwillig. Trägt ein Produkt das GS-Zeichen, so wird von einer unabhängig zugelassenen Zertifizierungsstelle gewährleistet, dass es die grundlegenden Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen aus dem Geräte- und Produktsicherheitsgesetz (GPSG) erfüllt.
- Als problematisch erweist sich auch die Benutzung der sogenannten Lauflernhilfe: Nach Aussage der Experten trägt diese nicht zum schnelleren Erlernen des Laufens bei, sondern ruft deutlich mehr Unfälle, Stürze, Vergiftungen und Verbrennungen hervor.
- Durch die Einführung einer Fahrrad-Helmpflicht in fünf kanadischen Bundesländern ist die Zahl der Kopfverletzungen um 45 Prozent zurückgegangen.
- Das Schulranzengewicht sollte nach der DIN-Norm 58124 maximal 10 Prozent des Körpergewichts betragen.
- Fehl- und Überbelastung der Ransen verursacht schmerzhaftes Verspannen, Verkrümmungen der Wirbelsäule und Verformungen der Füße.
- Zu schwere Ransen führen zu fehlender Beweglichkeit und Konzentration im Straßenverkehr.

Deshalb fordert die Kinderkommission:

- Präventionskampagnen und Beratungsangebote für Eltern und Kinder zu initiieren, die auf die Gefahren im Alltag hinweisen. *Die Kinderkommission begrüßt und*

empfiehlt in diesem Zusammenhang die Verbraucher-Broschüre „Einkaufen für die Kleinsten“ der Bundesarbeitsgemeinschaft Mehr Sicherheit für Kinder e. V.

- Aufklärung der Eltern über Unfallrisiken im Rahmen der U-Untersuchungen.
- In Bauverordnungen Kinderbelange in Form von obligatorischen Treppenschutzgittern, Fensterriegeln oder Rauchmeldern (auch zum Schutz der gesamten Familie) stärker zu berücksichtigen.
- Sicherheitsartikel so kostengünstig wie möglich anzubieten.
- Verstärkte Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern bei der Normung von Produkten.
- Keine Koppelung von Nahrungsmitteln und Spielzeug.
- Schaffung eines einheitlichen, verlässlichen Prüfsiegels für Kinderprodukte in Europa.
- Solange es kein einheitliches europäisches Prüfsiegel gibt, das die Sicherheit des Produkts durch unabhängige Dritte gewährleistet, ist das nationale GS-Zeichen beizubehalten.
- Einführung einer Fahrradhelmpflicht für Kinder und Jugendliche.
- Gewicht von Schulbüchern durch Verwendung von leichtem Papier (Paperback statt Hardcover) reduzieren.
- Schulen sollten all ihre Möglichkeiten ausnutzen, damit die Kinder einen Teil der Lernmaterialien – Bücher, Malkasten, Zeichenmaterial, Sportschuhe – in der Schule deponieren können.
- Ranzenhersteller sollten darauf achten, möglichst gewichtsarme Ranzen zu produzieren.
- Eltern bei Einschulungsveranstaltungen auf die Gefahren zu schwerer Schulranzen hinzuweisen.


Miriam Gruß, MdB

3.3. Umsetzung der Frühförderungsverordnung

Da die Kommission feststellen musste, dass die zur Komplexleistung Frühförderung ergangene Verordnung nicht umgesetzt wurde, wandte sie sich an die damit befassten Bundesministerien mit der Forderung, in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Frühförderverordnung qualitativ gut und zeitnah umgesetzt wird. In der Vorsitzzeit von MdB Diana Golze konnte dieses Thema nicht mehr abgeschlossen werden.

3.4. Palliativversorgung für Kinder

Die Kinderkommission hatte sich dafür eingesetzt, dass mit der Gesundheitsreform den besonderen Belangen der Kinder und Jugendlichen in der Hospizversorgung Rechnung getragen wurde. Nachdem der Kommission bekannt wurde, dass die hierzu ergangenen Gemeinsamen Empfehlungen der Krankenkassenverbände keine näheren Ausführungen enthalten und somit die Umsetzung unklar ist, wandte sie sich an die Bundesgesundheitsministerin mit der Bitte um Klärung, welche Maßnahmen zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben vorgesehen sind. In ihrer Antwort wies die Bundesgesundheitsministerin darauf hin, dass das Bundesministerium für Gesundheit die Nichtbeanstandung der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses zur spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) mit der Auflage versehen habe, dass über die Leistungsentwicklung in diesem Bereich zu berichten sei. Dabei habe der Gemeinsame Bundesausschuss insbesondere zu der Frage Stellung zu nehmen, ob durch die Richtlinie den besonderen Belangen der Kinder genügt werde. Das Bundesministerium für Gesundheit werde die Umsetzung der gesetzlichen Vorgabe beobachten und im Rahmen seiner Möglichkeiten auf eine Umsetzung des Anspruchs hinwirken.

3.5. Kinderanlaufstellen in den Bundesländern

Die Kinderkommission hatte bereits in der Vorsitzzeit von MdB Marlene Rupprecht bei den Bundesländern nachgefragt, welche Modelle von Kinderanlaufstellen es auf

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Landes- und kommunaler Ebene gibt. Die Auswertung der Antworten ergab eine sehr unterschiedliche Qualität von Anlaufstellen. Daher wurde die Lenkungsgruppe zum Nationalen Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ (NAP) mit der Bitte um Überprüfung angeschrieben, ob diese Problematik der unterschiedlichen Kinderanlaufstellen in den NAP aufgenommen werden könne. In der Antwort wurde die Bereitschaft erklärt, zu prüfen, inwieweit eine Auswertung der Materialien in die weitere Umsetzung des NAP und in den Abschlussbericht einfließen könne. Gleichzeitig wurde auch die Bundesfamilienministerin gebeten, dieses Thema auf der Jugendministerkonferenz anzusprechen und sich für eine stärkere Beteiligung der Kinder und Jugendlichen einzusetzen. In ihrer Antwort sprach sich die Bundesfamilienministerin nachdrücklich dafür aus, Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen, die ihr konkretes Lebensumfeld betreffen, zu forcieren. Hierfür biete sich die nächste Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörde an.

4. Die Kinderkommission beim Bundespräsidenten

Am 8. Mai 2008 kamen die Mitglieder der Kinderkommission des Deutschen Bundestages erneut zu einem Gespräch mit Bundespräsident Horst Köhler zusammen. Damit wurde der im vergangenen Jahr verabredete Dialog fortgesetzt. In diesem Gedankenaustausch ging es insbesondere um die Schaffung der Bedingungen für ein gerechtes Aufwachsen der Kinder. Beide Seiten bekräftigten, dass ein gerechtes Aufwachsen Bildung, Integration und Teilhabe voraussetzt. Es dürfe nicht sein, dass in Deutschland wie in keinem anderen Land Europas die soziale Herkunft der Eltern über den Bildungserfolg und damit über die Zukunftschancen der Kinder entscheidet. Die Kinderkommission hofft, den aufgenommenen Dialog im nächsten Jahr weiterführen zu können.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

5. Teilnahme am 3. Weltkongress gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen in Rio de Janeiro

An diesem Weltkongress nahmen vier Mitglieder der Kinderkommission teil. Die Kommission veröffentlichte vorab folgende Pressemitteilung:



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 21. November 2008

Die Kinderkommission nimmt am 3. Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen teil

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages unter der Leitung des Abg. Jörn Wunderlich (DIE LINKE.) nimmt am 3. Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen teil, der vom 25. bis 28. November 2008 in Rio de Janeiro stattfindet. Weitere Mitglieder der Delegation sind die Abgeordneten Michaela Noll (CDU/CSU), Marlene Rupprecht und Renate Gradistanac (beide SPD) sowie Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN).

Den Mitgliedern der Kinderkommission ist es ein wichtiges Anliegen, sich aktiv am weltweiten Kampf gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern zu beteiligen. So hat die Kommission in dieser Legislaturperiode u. a. Expertengespräche zum Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornografie geführt. Außerdem hat sie sich erfolgreich für den vom BMFSFJ unterstützten Kurzfilm „Witness“ eingesetzt, mit dem die Aufmerksamkeit der Flugreisenden für das Problem der sexuellen Gewalt gegen Kinder geschärft werden soll.

Vom 3. Weltkongress in Rio de Janeiro erwartet die Kinderkommission Impulse für eine Intensivierung der bereits eingeleiteten Maßnahmen und für die Entwicklung neuer Strategien zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen. Insbesondere müssen Wege gefunden werden, wie der Kinderpornografie in den neuen Medien (z. B. Internet und Handy) wirksam begegnet und die multilaterale grenzüberschreitende Zusammenarbeit gegen Kinderhandel und Kinderprostitution verbessert werden kann.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)



Die Konferenz wurde von der brasilianischen Regierung, UNICEF, ECPAT (End Child Prostitution and Trafficking) und der Gruppe der Nichtregierungsorganisationen für die UN-Kinderrechtskonvention organisiert. Inhaltlich schloss sich der Kongress an die 2. Weltkonferenz von Yokohama/Japan im Dezember 2001 an.

Das Konferenzprogramm enthielt fünf Panels zu folgenden Themen:

- Formen sexueller Ausbeutung und deren neue Szenarien;
- Gesetzliche Rahmenbedingungen und Haftung;
- Integrierte sektor-übergreifende Politiken;
- Initiativen gemeinsamer sozialer Verantwortung und
- Strategien internationaler Zusammenarbeit.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Die Mitglieder der Kinderkommission des Deutschen Bundestages nahmen an den Arbeitsgruppen entsprechend ihren Schwerpunkten teil. Dabei ging es insbesondere um Themen im Zusammenhang mit dem Internet („Internet in the cyber space and its impact in child and adolescent protection“ oder „Internet Hotlines“), aber auch um den Umgang mit den Opfern („Child-friendly legal procedures in dealing with victims, both in the legal and in the security system“) sowie um die rechtlichen und europäischen Aspekte („Revising and aligning of the legislation related to sexual exploitation of children and adolescents“ und „Council of Europe Convention on the Protection of Children against Sexual Exploitation and Sexual Abuse“).

Auf Initiative Deutschlands erstellten 16 europäische Staaten ein abgestimmtes Papier zum Kinderschutz und neue Medien. Am 25. März 2009 wurde dann das endgültige und vollständige Abschlussdokument in deutscher Sprache vorgelegt.

Das Konferenzprogramm wurde abgerundet durch einen Besuch der „Hafenschule“ sowie der deutschen Schule in Rio de Janeiro. Außerdem wurde die Gelegenheit genutzt, sich von Leitern der Parteienstiftungen über die Situation in Brasilien informieren zu lassen. Es erfolgte auch eine Teilnahme an der Vorstellung eines Hörgeräteprojekts von drei Rotary-Clubs in Rio in der brasilianischen Handelskammer.

Nach der Konferenz veröffentlichte die Kinderkommission folgende Pressemitteilung:



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 3. Dezember 2008

3. Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen: Kinderkommission fordert effektivere Täterverfolgung bei Kinderpornografie

Vom 25. bis 28. November 2008 diskutierten Vertreterinnen und Vertreter von internationalen Nichtregierungsorganisationen, von Regierungen und Parlamenten sowie rund 300 Jugendliche in Rio de Janeiro über verstärkte Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Ausbeutung. Zum Abschluss des Weltkongresses fassten die Teilnehmer ihre Forderungen zusammen.

Die Teilnehmer rufen unter anderem dazu auf, in den nächsten fünf Jahren unabhängige Institutionen zu schaffen, die sich für die Rechte von Kindern einsetzen. Zudem sollen Datenbanken mit Informationen über die Ausbeutung von Kindern aufgebaut werden. Zur effektiven Verbrechensbekämpfung sollen extraterritoriale Gerichtsbarkeiten eingerichtet werden.

Für die Kinderkommission des Deutschen Bundestages stand die Bekämpfung der Kinderpornografie in den neuen Medien (z. B. Internet und Handy) im Zentrum ihrer Gespräche und Forderungen. So müssen wirksamere Maßnahmen zur Identifizierung von Opfern und Tätern erfolgen. Neben der Verstärkung der Verbrechenverfolgung muss die Sperrung von Internetseiten mit kinderpornografischen Darstellungen beim Access-Provider ermöglicht werden. Außerdem muss die Versorgung der Opfer durch kompetente Fachkräfte sichergestellt werden.

Die Bekämpfung des weltweiten Kinderhandels war für die Kinderkommission ein weiterer Schwerpunkt. So erklärt der Abg. Jörn Wunderlich (DIE LINKE.) als Leiter der Delegation der Kinderkommission: „Der weltweite Kinderhandel kann ohne grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht gestoppt werden. Nur wenn alle Länder zusammenarbeiten ist eine effektive Verbrechensbekämpfung und Täterverfolgung möglich. Auch Deutschland hat noch Hausaufgaben zu erledigen, die auf der geplanten nationalen Nachfolgekongress am 25. und 26. März 2009 in Berlin zu besprechen sind.“

6. Informationsgespräche

Außerhalb von Sitzungen der Kinderkommission fand am 28. Mai 2008 ein Gespräch mit Mitarbeitern des Bundesforums Familie zum Projekt „Kinder brauchen Werte – Bündnisinitiative: Verantwortung Erziehung“ statt.

Außerdem führte die Kinderkommission am 15. Oktober 2008 ein Gespräch mit Herrn Sebastian Sedlmayr von Unicef zur Vorbereitung der 3. Weltkonferenz gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen.

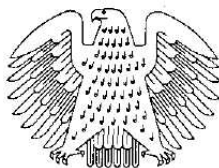
7. Veranstaltungen

7.1. Kindertag des Deutschen Bundestages

Die Kinderkommission beteiligt sich mit einem Informationsstand am Kindertag des Besucherdienstes des Deutschen Bundestages. An diesem Tag finden Führungen nur für Kinder statt. Die Kinder lernen so mit ihrer Schulklasse das Reichstagsgebäude kennen und können auf kindgerechte Art Einblick in die politische Arbeit gewinnen. Soweit zeitlich möglich, erklären die Mitglieder der Kinderkommission den Kindern ihre Arbeit und stehen für Fragen zur Verfügung.

7.2. Kindersicherheitstag

Die Kinderkommission unterstützte die Veranstaltung anlässlich dieses Kindersicherheitstages am 10. Juni 2008 auf dem Platz vor dem Reichstag. Die Abg. Marlene Rupprecht vertrat sowohl auf dieser Veranstaltung als auch auf der sich anschließenden Pressekonferenz die Kinderkommission. Die Kommission gab zu diesem Anlass folgende Pressemitteilung heraus:



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 9. Juni 2008

„Kinder haben ein Recht auf Sicherheit“ Kinderkommission zum Kindersicherheitstag

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages erklärt zum Kindersicherheitstag am 10. Juni 2008:

„Circa 1.600.000 Kinder erleiden in Deutschland pro Jahr einen Unfall - mehr als die Hälfte dieser Unfälle sind vermeidbar. Daher ist Prävention die vordringliche Aufgabe.“

Kinder verunglücken nicht nur im Straßenverkehr, gerade bei den jüngeren Kindern passieren die Unfälle meist im häuslichen Bereich. Viele dieser Unfälle müssten nicht geschehen, wenn Eltern, Betreuungspersonen, aber auch Politik und Industrie Unfallgefahren erkennen und beseitigen oder wenigstens verringern würden. Den umsichtigen und sicherheitsbewussten Umgang mit Gefahren können Erwachsene ebenso wie Kinder lernen.

Umsicht und Aufsicht der Erwachsenen schützen Kinder vor Unfällen. Wichtig ist auch die Verwendung kindersicherer Produkte oder die kindgerechte Einrichtung der Wohnung. So hat die Kinderkommission des Deutschen Bundestages im Rahmen eines Expertengesprächs zu ihrem Erstaunen erfahren, dass sich in Berlin die Hochbetten als eine besondere Gefahrenquelle für Kinder herausgestellt haben.

Unfälle werden aber auch dadurch reduziert, dass Kinder aktiv in ihrer Risikokompetenz gefördert werden. Sie müssen dafür die Möglichkeiten haben, sich im geschützten Rahmen zu bewegen und im Spiel ihre Fähigkeiten und Grenzen zu erfahren, um auf diese Weise für die richtige Reaktion in einer Gefahrensituation zu üben.

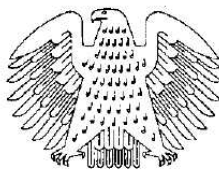
Mit dem jährlichen Kindersicherheitstag wird eine breite Öffentlichkeit auf die Gefahren, denen Kinder ausgesetzt sind, aufmerksam gemacht. Insbesondere aber eröffnet er die Gelegenheit, die Bedeutung der Unfallprävention deutlich zu machen und aufzuzeigen, mit welchen - oft einfachen - Maßnahmen Unfälle verhütet werden können. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages begrüßt daher den Kindersicherheitstag und wird ihn mit ihrer Teilnahme an der Veranstaltung am 10. Juni 2008 vor dem Reichstag unterstützen.“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

7.3. Weltaidstag

Zu diesem Gedenktag am 1. Dezember unterstützte die Kinderkommission die Mitmachaktion „Du und ich gegen AIDS“, an deren Abschlussveranstaltung am 28. November 2008 die Vorsitzende teilnahm. Hierzu veröffentlichte die Kommission folgende Pressemitteilung:



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 27. November 2008

„Gemeinsam gegen Aids - Wir übernehmen Verantwortung für uns selbst und für andere“

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages erklärt zum Weltaidstag am 1. Dezember 2008:

Der internationale Weltaidstag wird in diesem Jahr zum 20. Male begangen. Mit diesem jährlichen „Weckruf“ am 1. Dezember soll die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese größte Virus-Erkrankung unserer Zeit gelenkt werden. Die Immunschwäche bedroht am meisten Kinder und Jugendliche. Ihr Anteil an den Infizierten steigt weltweit an - inzwischen sind es ungefähr 2 Millionen Kinder, die mit HIV leben müssen. Dies sind nicht nur Kinder in Afrika - auch in Europa werden immer mehr Kinder und Jugendliche infiziert. Es sind Kinder und Jugendliche, die auf der Straße leben, Drogen nehmen oder Opfer von sexueller Gewalt und Ausbeutung sind. Aber auch, wenn die Kinder nicht selbst erkranken, werden sie zu Opfern - besonders in Afrika gibt es Millionen von Waisen, die ihre Eltern durch Aids verloren haben. Sie wachsen in bitterster Armut und ohne Chance auf Bildung und ein menschenwürdiges Leben auf. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen werden bis 2010 ca. 18 Millionen Kinder in Afrika ihre Eltern wegen Aids verlieren.

Mit dem Motto des diesjährigen Weltaidstages wird klargestellt, dass jeder einzelne mit seinem Engagement Verantwortung für sich selbst, aber auch für andere übernehmen kann. Wichtig ist zum einen die Aufklärung der Kinder und Jugendlichen über die Gefahren und die Schutzmöglichkeiten. Zum anderen sind wir alle zur Solidarität mit den Betroffenen aufgefordert und zur Unterstützung gezielterer Hilfen für die von HIV und AIDS betroffenen Kinder beispielsweise durch ihre Behandlung mit preiswerteren Medikamenten.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages unterstützt die Mitmachkampagne „Du und ich gegen AIDS“, an deren Abschlussveranstaltung am 28. November 2008 vor dem Reichstag auch die Vorsitzende der Kinderkommission, Diana Golze, teilnehmen wird. Sie erklärt: „Diese Kampagne wurde im November 2005 von UNICEF-Schirmherrin Eva Luise Köhler eröffnet. Seitdem haben mehr als 720.000 Menschen in Deutschland die UNICEF-Forderungen unterschrieben. Ich freue mich

2

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

- 2 -

über diese große Beteiligung. Wir dürfen aber angesichts wieder steigender Zahlen von Neuinfektionen auch in Deutschland nicht nachlassen in unserem Engagement für mehr Aufklärung und gezieltere Entwicklungshilfen. Die Kinderkommission möchte dabei ihren Beitrag leisten und Kinder und Jugendliche für das Problem HIV und AIDS sensibilisieren.“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

8. Öffentlichkeitsarbeit

8.1. Pressemitteilungen

Die Kinderkommission macht durch Pressemitteilungen auf ihre Arbeit und auf aktuelle kinderpolitische Problemstellungen aufmerksam. In der Vorsitzzeit der Abg. Diana Golze sind im Einzelnen folgende Pressemitteilungen erschienen, die in der Anlage nachgelesen werden können:

05.05.2008	Einladung zur Pressekonferenz zum Vorsitzwechsel
09.05.2008	Die Kinderkommission beim Bundespräsidenten
23.05.2008	Die Kinderkommission zum Tag des vermissten Kindes am 25. Mai 2008: „Vergissmeinnicht“
26.05.2008	Kinderkommission fordert sicheres Kinderspielzeug
06.06.2008	Keine Testkäufe mit Kindern
09.06.2008	„Kinder haben ein Recht auf Sicherheit“ Kinderkommission zum Kindersicherheitstag
11.06.2008	Kinderkommission zum Welttag gegen Kinderarbeit
01.08.2008	Sicherheits- und Gesundheitsrisiken für Kinder im Alltag minimieren!
11.08.2008	„Jugendliche für den Klimaschutz gewinnen“ zum Tag der Jugend
19.09.2008	Kinderkommission zum Weltkindertag: „Gemeinsame globale Anstrengungen zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung“
31.10.2008	Öffentliche Anhörung der Kinderkommission „Strategien zur Überwindung der Kinderarmut“
18.11.2008	Kinderkommission fordert Abschaffung des ausländerrechtlichen Vorbehalts bei UN-Kinderrechtskonvention
21.11.2008	Die Kinderkommission nimmt am 3. Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen teil
27.11.2008	„Gemeinsam gegen Aids – Wir übernehmen Verantwortung für uns selbst und für andere“
03.12.2008	3. Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern und

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

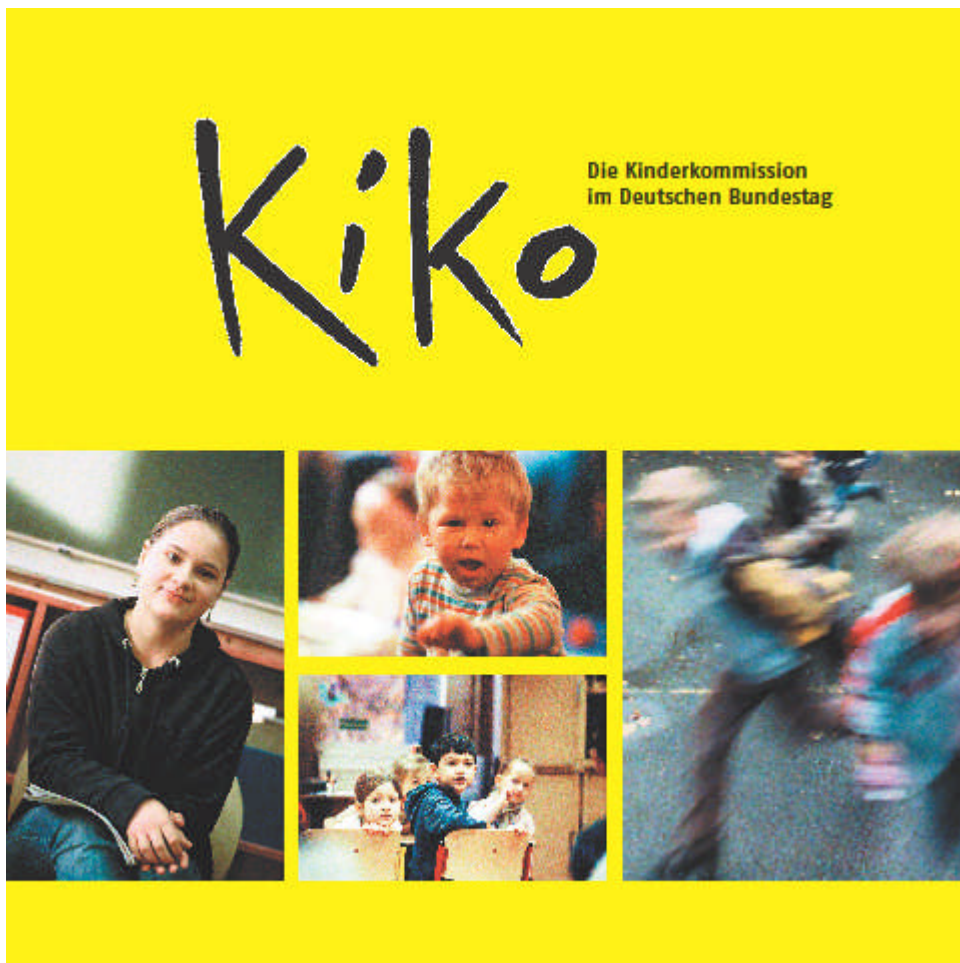
Jugendlichen: Kinderkommission fordert effektivere Täterverfolgung bei Kinderpornografie

8.2. Pressekonferenzen

Zu Beginn ihrer Vorsitzzeit gab die Abgeordnete Diana Golze am 7. Mai 2008 eine Pressekonferenz zum Vorsitzwechsel.

8.3. Broschüre

In der Vorsitzzeit konnte die folgende Broschüre für Erwachsene fertig gestellt werden:



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

8.4. Internetauftritt der Kinderkommission

Die Internetseiten des Deutschen Bundestages enthalten ausführliche Informationen über die Mitglieder und die Arbeit der Kinderkommission. Die Adresse lautet wie folgt: <http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/index.html>.

8.5. Mitmischen.de

Am 19. Juni 2008 nahmen die Abgeordneten Jörn Wunderlich als Vertreter der Vorsitzenden und Michaela Noll die Gelegenheit wahr, im Jugendportal des Deutschen Bundestages „mitmischen.de“ mit 10 Jugendlichen über Themen wie Gewalt an Kindern zu diskutieren.

9. Kinder- und jugendpolitische Termine der Mitglieder der Kinderkommission

9.1. Abgeordnete Diana Golze

07.05.2008	Übergabe KiKo-Vorsitz	Berlin
08.05.2008	KiKo beim Bundespräsidenten	Berlin
19.05.2008	Übergabe Spende an das Kinder- und Jugendparlament	Rathenow
21.05.2008	Übergabe Spende an die Otto-Seeger-Grundschule	Rathenow
21.05.2008	Teilnahme am Jugendhilfeausschuss des Kreistages Havelland	Nauen
24.05.2008	Jurorin beim Kindermalwettbewerb "Woche der Sonne"	Elstal
31.05.2008	Festrede bei der Jugendfeier des Humanistischen Verbandes	Brandenburg an der Havel

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

01.06.2008	Schirmherrin beim Kinderfest DIE LINKE.	Brandenburg an der Havel
01.06.2008	Übergabe Spende an den Verband Alleinerziehender Mütter und Väter	Brandenburg an der Havel
01.06.2008	Teilnahme am Kinderfest des Kleeblatt e.V.	Rathenow
04.06.2008	Übergabe des Preises des Kindermalwettbewerbes "Woche der Sonne" an die drittplatzierte KITA „Jenny Marx“	Rathenow
04.06.2008	Übergabe des Preises des Kindermalwettbewerbes "Woche der Sonne" an die erstplatzierte „KITA Semlin“	Rathenow
05.06.2008	Übergabe des Preises des Kindermalwettbewerbes "Woche der Sonne" an die zweitplatzierte KITA Sonnenschein	Elstal
07.06.2008	Eröffnung des Benefizkonzertes gegen Kinderarmut	Ketzin
14.06.2008	Teilnahme an der Aktion "Cook and Talk" des Deutschen Bundesjugendringes	Berlin
23.06.2008	Anhörung zum Kinderförderungsgesetz	Berlin
26.06.2008	Informationsgespräch mit dem Deutschen Kinderhilfswerk	Berlin
01.07.2008	Besuch mehrerer Kitas im Raum Nauen	Nauen
02.07.2008	Gespräch mit SchülerInnen der Talsand-Gesamtschule über soziale Ungerechtigkeit und soziale Ungleichheiten	Schwedt/Oder
02.07.2008	Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 10-jährigen Bestehen des Belziger Forum gegen Rechtsextremismus und Gewalt sowie Übergabe der Juli-Spende an Ramona Stucki vom Belziger Forum	Belzig
05.07.2008	Konferenz der Fraktion DIE LINKE. im Brandenburger Landtag zur Kinderarmut	Potsdam
14.07.2008	Unterstützung des Sponsorenlaufs von SchülerInnen des Jahn-Gymnasiums	Rathenow
17.07.2008	Gespräch mit dem Kinder- und Jugendparlament	Rathenow
19.07.2008	Eröffnung des „Laut und Bunt“ Festivals im Rathenower Optikpark	Rathenow

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

25.07.2008	Betriebsbesuch und Überreichung der Urkunde der IHK Potsdam als "Anerkannter Ausbildungsbetrieb" an die TILSE Formglas GmbH	Nennhausen
28.07.2008	Veranstaltung "Platz an der Sonne", Grußwort als Vorsitzende der Kinderkommission	Brandenburg an der Havel
30.07.2008	Betriebsbesuch und Überreichung der Urkunde der IHK Potsdam als "Anerkannter Ausbildungsbetrieb" an die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	Brandenburg an der Havel
19.08.2008	Gespräch im Kinder- und Jugendfreizeitclub (KiJu)	Brandenburg an der Havel
30.08.2008	Friedensfest in Strausberg, Podiumsdiskussion "Kinder und Familie"	Strausberg
03.09.2008	Gespräch mit VertreterInnen des Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerks (EJF)	Brandenburg an der Havel
03.09.2008	Gespräch mit VertreterInnen des Kinder- und Jugendhilfeverbundes "Hilde Coppi"	Brandenburg an der Havel
05.09.2008	Besuch von Kinder- und Jugendeinrichtungen und Gespräch mit Fachleuten zum Thema Kinderarmut	Frankfurt/Oder
18.09.2008	Talkrunde des Arbeitskreis Neue Erziehung (ANE): "Kinderrechte in die Verfassung" im Roten Rathaus	Berlin
20.09.2008	Eröffnung der Ausbildungsmesse für Potsdam-Mittelmark	Belzig
13.10.2008	Fachgespräch zum Kinderwarenkorb	Berlin
15.10.2008	Infogespräch zu einem Kinderrechteprojekt im Landkreis Oberhavel	Berlin
20.10.2008	Besuch der Einrichtung Kindersorgen-Sorgenkinder e.V.	Beelitz
22.10.2008	Übergabe einer Spende an die Kita Waldhaus	Premnitz
23.10.2008	Besuch des VHS-Bildungswerkes Berlin/Brandenburg	Brandenburg an der Havel
23.10.2008	Besuch des Mehrgenerationenhauses Kirchmöser	Brandenburg an der Havel
24.10.2008	Teilnahme an der Jugendmesse YOU	Berlin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

14.11.2008	Teilnahme an Festveranstaltung 60 Jahre Bruno-H-Bürgel-Schule	Rathenow
17.11.2008	Vorlesetag 2008: Fouqué-Bibliothek	Brandenburg an der Havel
20.11.2008	Vorlesetag 2008: Stadtbibliothek	Rathenow
01.12.2008	Kindertag im Bundestag	Berlin
04.12.2008	Teilnahme am Abschlussplenum Fachkongress "Für ein kindgerechtes Deutschland"	Berlin
09.12.2008	Besuch Jugendclub "Krobshof"	Beelitz
09.12.2008	Besuch Verein "Kindersorgen - Sorgenkinder"	Beelitz
11.12.2008	Übergabe Spende an Kita "PETZIs Kinderland"	Jüterbog
11.12.2008	Besuch Jugendfreizeitzentrum "Full House"	Jüterbog
12.12.2008	Teilnahme an Kinderkonferenz der Jewish Konferenz	Berlin
16.12.2008	Teilnahme am Jugendhilfeausschuss des Kreistages Havelland	Rathenow

9.2. Abgeordnete Michaela Noll

April 2008

25.04.2008	Treffen mit Schülerprojekt Kinderrechte	Berlin
29.04.2008	Podiumsdiskussion "familienfreundliche Unternehmer" Stadt-Unternehmer-Politik	Langenfeld

Mai 2008

06.05.2008	Gesprächstermin mit dvg-Jugend-Bundesgeschäftsstelle	Berlin
07.05.2008	Jahresempfang des Deutschen Caritasverbandes "Achten statt Ächten - Eine Initiative für benachteiligte Jugendliche"	Berlin
08.05.2008	Gespräch mit der KiKo und Verband der TÜV e. V.	Berlin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

08.05.2008	Kiko Gespräch mit dem Bundespräsidenten	Berlin
11.05.2008	Siegerehrung beim Fußballturnier des SC Unterbach	
21.05.2008	Pressekonferenz zum Thema Anti-Gewalt-Training, 2. Chance	Erkrath
28.05.2008	Gespräch der KiKo mit dem Bundesforum Familie	Berlin
<u>Juni 2008</u>		
02.06.2008	Öffentliche Anhörung "Kinderzuschlag"	Berlin
03.06.2008	Fachkonferenz "Präventionsmaßnahmen gegen häusliche Gewalt - Was kann Schule machen?" beim BMFSFJ	Berlin
10.06.2008	10jähriges Jubiläum u. Sitzung des Kinderparlaments Hilden	Hilden
11.06.2008	Abschlussfeier der Anne Frank Schule, Klasse 10 Typ B	Mettmann
17.06.2008	Focus-Schule Bildungsgipfel "Die beste Schule für mein Kind - wie Eltern Qualität erkennen"	Berlin
19.06.2008	Podium mit Wunschkind e. V. Pressegespräch	Berlin
19.06.2008	KiKo-Termin mit GewinnerInnen mitmischen.de	Berlin
23.06.2008	Öffentliche Anhörung "Kinderförderungsgesetz"	Berlin
23.06.2008	Veranstaltung "Generationen in Bewegung: Zueinander, Auseinander, Miteinander?" mit Minister Laschet	Berlin
<u>Juli 2008</u>		
10.07.2008	Interview der Haaner Wochenpost zum Thema Kinderrechte	Mettmann
<u>August 2008</u>		
09.08.2008	Eröffnung des Familien- und Sportfestes	Langenfeld

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

14.08.2008	Treffen mit Herrn Pavel Vaysman, Vorsitzender d. Ausländerbeirates zum Thema "Integration"	Erkrath
16.08.2008	Eröffnungsrede zur 1. Kinderolympiade des Haaner Turnvereins	Haan
27.08.2008	Kinder- und Sommerfest der CDU Richrath	Richrath
20.08.2008	Auszeichnung für das Lions-Projekt "Löwenstark zum Job"	Langenfeld
<u>September 2008</u>		
01.09.2008	Fachgespräch zum Thema "Killerspiele" des Bay. Staatsministers des Innern und Dr. Uhl	Berlin
04.09.2008	Termin mit MdB Hüppe bei der "Mutter-Kind-Einrichtung des Justizvollzugskrankenhauses NRW"	Fröndenberg/Ruhr
10.09.2008	Gesprächstermin mit Herrn Prof. Dr. Fuchs von der Bundesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung	Mettmann
14.09.2008	Podiumsdiskussion zum Tag der Ein- und Ausblicke, Themenschwerpunkte „Contergan und KiföG“	Berlin
17.09.2008	Treffen mit Läufern "run & help", Kinderhilfswerk Global-Care und Peter-Maffay-Stiftung	Berlin
22.09.2008	Plan Internat. "Starke Mädchen verändern die Welt"	Berlin
24.09.2008	Besuch bei "Die Arche"	Berlin
<u>Oktober 2008</u>		
06.10.2008	Kindertag mit Kinderkommission	Berlin
15.10.2008	10-jähriges Jubiläum von Kipkel	Düsseldorf
16./17.10.2008	Nat. Fachkonferenz - Strategien zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt	Berlin
<u>November 2008</u>		
05.11.2008	Öffentliche Anhörung "Kinderarmut", Strategien zur Überwindung von Kinderarmut	Berlin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

20.11.2008	Vorlesetag in der Erich-Kästner-Schule für lernbehinderte Kinder	Mettmann
24.-28.11.2008	Weltkonferenz gegen die kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern mit der KiKo	Rio/Brasilien
<u>Dezember 2008</u>		
03.12.2008	Gespräch der AG-FSFJ mit Ministerin von der Leyen zum Vorgehen gegen die Verbreitung von Kinderpornografie "access blocking"	Berlin
04.12.2008	Fachkongress "Schützen, fördern, beteiligen - Für ein kindergerechtes Deutschland", BMfFSFJ	Berlin
04.12.2008	KiKo-Termin bei TV-Quiz von Frank Elstner	Berlin
10.12.2008	Erkrath initial "Start des NEAnderLab", Berufskolleg Hilden	Hilden
<u>Januar 2009</u>		
07.01.2009	Gespräch mit Herrn Dr. Kahl, Dr. Fischbach u. Hr. Kratsch "Verbesserung des Kinderschutzes"	Düsseldorf
12.01.2009	Biotechnikum des BMFSFJ im Konrad-Heresbach-Gymnasium	Mettmann

9.3. Abgeordnete Marlene Rupprecht

Termin	Anlass	Art
3.05.08	„Ungehindert Kind“ Bundesarbeitsgemeinschaft gemeinsam leben - gemeinsam lernen	Fachtagung, Podiumsdiskussion
6.05.08	AG FSFJ	
6.05.08	Hauptschule Zirndorf	Jubiläumsfeier, Rede
8.05.08	Jugendpolitische Abendrunde	Fachgespräch
16.05.08	„Sicheres Kinderspielzeug“ Vd Tüv e.V.	Fachgespräch
16.05.08	Bundes-SGK „KiFöG“	Vortrag

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

19.05.08	Brüssel „EU Kinderspielzeugrichtlinien“	Fachgespräch
27.05.08	AG FSFJ	
28.05.08	Kiko, Bundesforum Familie	Fachgespräch
28.05.08	Kindernetzwerk	Fachgespräch
29.05.08	Plenum „Kinderförderungsge- setz“	Rede
29.05.08	Forum Familie „Kinderarmut“	Fachgespräch
29.05.08	RBB Kulturradio "Reiches Deutschland - arme Kinder? Was hinter den Zahlen des Armutsbe- richts steht."	Diskussionsrunde
2.06.08	BMFSFJ AG Lenkungsgruppe NAP	
2.06.08	Ausschuss FSFJ „Kinderzu- schlag“	Öffentliche Anhörung
3.06.08	AG FSFJ	
3.06.08	BM FSFJ "Präventionsmaßnah- men gegen häusliche Gewalt: Was kann Schule machen?"	Fachkonferenz
4.06.08	Ausschuss FSFJ	
4.06.08	AG FSFJ Besuch der BT Kinder- tagesstätte	
4.06.08	Bayrischer Jugendring	Parlamentarischer Abend
5.06.08	Plenum FSFJ A, „Existenz von Kindern sichern“	Rede
9.06.08	Kindertag im Bundestag	Gespräch mit Schülern
9.06.08	„Kinderrechte“	Interview im Rahmen einer Diplomar- beit
10.06.08	"Kinder sind unverkäuflich“ Kon- ferenz gegen die kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen	FES, Fachtagung
13.06.08	WK, Besuch einer Großtagespfle- gestelle	Fachgespräch
16.06.08	„Das soziale Deutschland - Kin- derarmut bekämpfen", Willy- Brandt-Haus	Fachkonferenz
17.06.08	AG FSFJ	
17.06.08	"Pädiatrie im Fokus - Prävention in der Kinder- u. Jugendmedizin"	Fachgespräch
18.06.08	Deutscher Kinder- und Jugendhil- fetag in Essen	Grußwort

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

19.06.08	Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag in Essen "Bildung u. Förderung ohne Armutzeugnis. Gemeinsam schaffen - für alle Kinder!"	Fachgespräch, Podiumsdiskussion
20.06.08	AG FSFJ	
23.06.08	Ausschuss FSFJ, „KiföG“	Öffentliche Anhörung
24.06.08	AG FSFJ	
24.06.08	Gespräche mit Schülern aus WK	
25.06.08	Gespräche mit Schülern aus WK	
26.06.08	FSFJ Plenum „Bundeskindergeldgesetz“	
26.06.08	Gespräche mit Schülern aus WK	
27.06.087	DJI, München, "Bilanzierung Aktionsplan"	Expertinnenworkshop
28.06.08	Sommerfest „Kindergarten Lebenshilfe“	Grußwort
2.07.08	Kommission für Arzneimittel für Kinder u. Jugendliche,	
6.07.08	WK, Kinderfest in Wilhermsdorf	Grußwort
7.07.08	„Spielzeugsicherheit“	Fachgespräch
21.07.08	Gespräche mit Schülern aus WK	
11.08.08	Radio Kultur/ Kindersender	Interview
15.09.08	Bund-Länder AG "Schutz von Kindern u. Jugendlichen vor sexueller Gewalt u. Ausbeutung"	
16.09.08	AG FSFJ	
16.09.08	Ausschuss FSFJ, „Entwurf eines Gesetzes zu Änderung d. Bundeselterngeld- u. Elternzeitgesetzes“	Öffentliche Anhörung
16.09.08	Fragen zum KJHG	Fachgespräch
17.09.08	„Suizid von Kindern und Jugendlichen“	Fachgespräch
18.09.08	AG FSFJ „Individualbeschwerderecht“	Fachgespräch
22.09.08	AG FSFJ	
26.09.08	FSFJ Plenum „KiföG“	Rede
14.10.08	AG FSFJ	
14.10.08	9. Berliner Präventionstag Kinder- u. Jugenddelinquenz	Fachkonferenz
15.10.08	DJI "Kinder in Deutschland"	Parlamentarischer Abend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

	Eine Bilanz empirischer Studien	
16.10.08	BM FSFJ "Die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen zur Bekämpfung der sexuellen Gewalt gegen Kinder in Deutschland"	Begrüßungsreferat
11.11.08	AG FSFJ	
13.11.08	Jugendpolitische Abendrunde	
13.11.08	FSFJ Plenum „Individualbeschwerderecht“	Rede
14.11.08	National Coalition "Deutschland kindergerecht?!"	Offenes Forum
17.11.08	"Kinder haben Rechte" - neue Kinderrechte Kampagne", München	Fachtagung
24.11. – 28.11.08	Delegationsreise nach Rio de Janeiro, 3. Weltkongress	
2.12.08	„Kinderrechte ins GG“,	Fachgespräch im WK eines Kollegen
3.12.08	Ausschuss FSFJ	
4.12.08	"Schützen, fördern, beteiligen - für ein kindergerechtes Deutschland"	Fachkongress
5.12.08	BM FSFJ, NAP Lenkungsgruppe	
6.12.08	„Kinder-Stiften-Zukunft“, Nürnberg	Kongress, Workshop-Leitung
9.12.08	„Kinder in eine gesunde Zukunft“, Robert-Koch-Institut	Fachtagung, Vortrag

9.4. Abgeordnete Miriam Gruß

28. April 2008 Veranstaltung „Familienpolitik in Bayern“, Ingolstadt
30. April 2008 Gespräch mit Schülern des Maria –Ward -Gymnasiums Augsburg
24. April 2008 Rundgang im Reichstag und Interview mit Kinderreportern von „Radio Teddy“
24. April 2008 „Girls -Day“ – Gespräch mit Schülerinnen, Berlin
9. Mai 2008 Reichstagsführung und Gespräch mit 25 Schülern/4. Klasse, Grundschule Mahlow, Berlin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

31. Mai - 3. Juni 2008	„Jugend und Parlament“ – Teilnehmerin Schülerin vom Gymnasium Königsbrunn, Berlin
2. Juni 2008	Gespräch mit „Wunschkind e.V.“, Berlin
14. Juni 2008	Schirmherrin beim Sommerfest im Kinderheim St. Clara, Gundelfingen
19. Juni 2008	Politisches Gespräch „Initiative Wunschkinder“, Berlin
1. Juli 2008	DJI-Fachforum „Bildung und Erziehung – Kitagutscheine“, München
5. Juli 2008	Eröffnung Gögginger Kinderfest, Augsburg
11. Juli 2008	Kinderschutzkonferenz der Fraktionsvorsitzenden-Konferenz der FDP, Stuttgart
14. Juli 2008	Besuch Jugendeinrichtungen Altötting, Burghausen
20. Juli 2008	Schirmherrin beim „Entenrennen“ mit Kinderfest, Neubi- berg
28. Juli 2008	„Bunter Kreis“ - Aktion Rollentausch Begleitung eines 4jährigen Mädchens mit Trisomie u. Herzfehler zur Therapiestunde, Augsburg
29. Juli 2008	Besichtigung des Bambini-Park , Kempten
8. August 2008	Friedensdialog mit Augsburger Kindern, Augsburg
26. August 2008	Gespräch mit „Kinderhaus Konkret e. V.“ Augsburg
27. August 2008	Grußwort bei der Besichtigung Mehrgenerationenhaus durch BM Ursula von der Leyen, Königsbrunn
2. September 2008	Besuch der Kinderkrebstation, Haunersche Kli- nik/München
6. Oktober 2008	Kindertag im Bundestag, Berlin
17. November 2008	Veranstaltung „Kindertagesbetreuung“, Beilstein
20. November 2008	Internationaler Kongress „Computerspiele und Gewalt“, München

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

- | | |
|-------------------|--|
| 24. November 2008 | Schirmherrin - Eröffnung Weihnachtskartenaktion / UNICEF, Augsburg |
| 26. November 2008 | Parlamentarischer Abend
Deutscher Bundesjugendring, Berlin |
| 12. Dezember 2008 | Aktion Bunter Kreis
Weihnachtsgeschichten vorlesen,
Haunstetter Christkindlmarkt |

9.5. Abgeordnete Ekin Deligöz

- | | |
|------------|---|
| 10.04.2008 | DGKJ Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin eV
„Forschen für das gesunde Altwerden – Prävention von Anfang an – frühkindliche Prägung!“ |
| 26.05.2008 | Gespräch mit „Aktion Väteraufbruch“ und PAS Eltern e. V. |
| 29.05.2008 | Forum Familie 2008 – „Kinderarmut – ist eine Grundsicherung die Lösung?“ |
| 04.06.2008 | Parlamentarischer Abend Bayerischer Jugendring |
| 18.06.2008 | Podiumsveranstaltung „Kinder und Beruf – Na und?! Wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden kann“ |
| 09.09.2008 | Pressekonferenz mit dem Deutschen Kinderhilfswerk zum Weltkindertag |
| 17.09.2008 | Buchpräsentation Huberta von Voss „Arme Kinder – reiches Land. Ein Bericht aus Deutschland“ |
| 22.09.2008 | Podiumsdiskussion Unicef Gera „Stellenwerte der Kinder in Deutschland und Thüringen“ |
| 23.09.2008 | Bündnis 90/Die Grünen veranstalten einen fraktionsoffenen Abend zur Kindergrundsicherung |
| 16.10.2008 | Vortrag Ekin Deligöz „Sexuelle Gewalt gegen Kinder“ im Rahmen der Nationalen Fachkonferenz zur Vorbereitung des 3. Weltkongresses gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern |

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

- 18.11.2008 Vergabe IZT-Zukunftspreis, Rede Ekin Deligöz „Was brauchen Kinder?“
- 03.12.2008 Forum Menschenrechte – Podiumsveranstaltung „Kinderrechte sind Menschenrechte“
- 17.12.2008 Veranstaltung in Essen: KWI (Kulturwissenschaftliches Institut in Essen) mit Gästen – Dialog über Zeit- und Streitfragen „Kinder, Kinder – keine Ausreden“

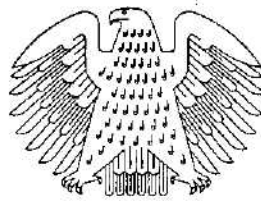


Diana Golze, MdB

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Anlagen



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 5. Mai 2008

Einladung zur Pressekonferenz der Kinderkommission

Die neue Vorsitzende stellt ihr Arbeitsprogramm vor

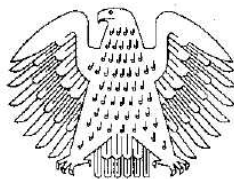
Zeit: Mittwoch, 7. Mai 2008, 16.00 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Raum 2.200

Am 25. April 2008 wechselte turnusmäßig der Vorsitz in der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) des Deutschen Bundestages. Die Kommission wurde in den vergangenen neun Monaten von Miriam Gruß (FDP) geleitet. Sie gibt den Adler der Kinderkommission am 7. Mai 2008 weiter an Diana Golze (DIE LINKE.).

Die neue Vorsitzende will aus diesem Anlass in einer Pressekonferenz über die für ihre Amtszeit geplanten Schwerpunkte informieren: Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern, Kinderarmut, Kinder- und Jugendhilfe sowie Kinder- und Jugendsozialarbeit.

Für Medienvertreter gelten die üblichen Akkreditierungsregelungen des Bundestages.



DEUTSCHER BUNDESTAG

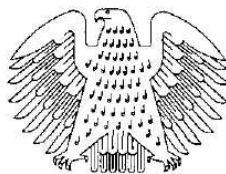
PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 9. Mai 2008

Kinderkommission des Deutschen Bundestages beim Bundespräsidenten

Am 8. Mai kamen die Mitglieder der Kinderkommission des Deutschen Bundestages erneut zu einem Gespräch mit Bundespräsident Horst Köhler zusammen. Damit wurde der im letzten Sommer verabredete Dialog fortgesetzt. In diesem Gedankenaustausch ging es insbesondere um die Schaffung der Bedingungen für ein gerechtes Aufwachsen der Kinder. Beide Seiten bekräftigten, dass ein gerechtes Aufwachsen Bildung, Integration und Teilhabe voraussetzt. Es dürfe nicht sein, dass in Deutschland wie in keinem anderen Land Europas die soziale Herkunft der Eltern über den Bildungserfolg und damit über die Zukunftschancen der Kinder entscheidet.

Die Kinderkommission hofft, den aufgenommenen Dialog im nächsten Jahr weiterführen zu können.



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 23. Mai 2008

**Die Kinderkommission zum Internationalen Tag des vermissten Kindes
am 25. Mai 2008: „Vergissmeinnicht“**

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages erklärt:

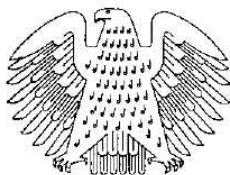
„Jedes Jahr verschwinden in Deutschland etwa 50.000 Kinder. Die meisten sind bald wieder bei ihren Eltern – doch rund 1.000 Kinder werden dauerhaft vermisst.

Jedes Jahr am 25. Mai wird an die vermissten Kinder und ihr Schicksal erinnert, damit sie nicht in Vergessenheit geraten und die Suche nach ihnen nicht aufgegeben wird.

Von einer Minute zur anderen stehen die Angehörigen vor einem seelischen und organisatorischen Chaos, das kaum zu verkraften ist. Mit diesem Gedenktag wird den Eltern von vermissten Kindern signalisiert, dass wir sie und ihr Schicksal nicht vergessen.

Die Polizei leistet wichtige „erste Hilfe“ – danach stehen die Eltern mit ihrem Leid aber alleine da. Unterstützung finden sie dann bei den ehrenamtlichen Helfern der Elterninitiative vermisster Kinder. Diese spenden nicht nur menschlichen Trost, sondern stehen den überforderten Eltern auch mit Rat und Tat zur Seite. Mit ihrer Erfahrung geben sie wichtige Tipps für die Suche. An diesem Tag wird auch all den vielen ehrenamtlichen Helfern gedankt.

Die Kinderkommission begrüßt, dass mit diesem Tag das Schicksal der vermissten Kinder und ihrer Angehörigen, dessen Dimension in der Öffentlichkeit weithin unbekannt ist, ins Blickfeld rückt.“



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 26. Mai 2008

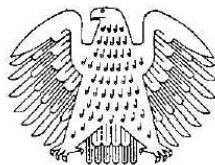
Kinderkommission fordert sicheres Kinderspielzeug

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages erklärt:

„Wenn es um die Sicherheit unserer Kinder geht, dann darf es kein „Augen zudrücken“ und keine Ausnahmen geben. Kinderspielzeug sind nicht irgendwelche Güter – ihre Nutzer sind Babys und Kleinkinder. Kinder sind in ihrer Gesundheit besonders empfindlich und gefährdet. Bei den Produkten, die für Kinderhände vorgesehen sind, dürfen keinerlei Risiken eingegangen werden. Krebserregende, erbgut- und fortpflanzungsschädigende Stoffe haben insbesondere in Spielsachen nichts zu suchen.

Alarmierende Meldungen, dass Kinder nach dem Verschlucken von Magneten an Spielzeug verstorben oder aufgrund von austretenden Stoffen erkrankt sind, zeigen, dass das GS-Zeichen weiterhin bestehen bleiben muss. Es steht für „Geprüfte Sicherheit“ des Produkts durch unabhängige Dritte, während die CE-Kennzeichnung von den Herstellern selbst angebracht wird. Das deutsche GS-Zeichen als Aufkleber auf dem Produkt ist damit ein wichtiges Qualitätsmerkmal. Es gibt den Eltern Sicherheit beim Kauf und ist ein Meilenstein des Verbraucherschutzes. Mit dem Erhalt des GS-Zeichens können sich Eltern und Großeltern darauf verlassen, dass der Staat die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt hat und sie ohne Bedenken hinsichtlich der Gesundheit ihrer Kinder einkaufen können.

Die Kinderkommission unterstützt daher die Forderung, dieses nationale deutsche Sicherheitszeichen solange beizubehalten, wie es kein entsprechendes EU-einheitliches Prüfzeichen gibt.“



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 6. Juni 2008

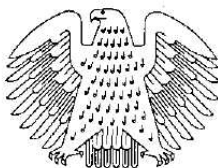
Keine Testkäufe mit Kindern

Beschluss der Kinderkommission vom 4. Juni 2008

Die Kinderkommission appelliert an alle Verantwortlichen in den Landesbehörden, aber auch in den Kommunen, die Jugendschutzbestimmungen einzuhalten und Kinder nicht für Testkäufe einzusetzen. Der Jugendschutz muss für alle Kinder in allen Bundesländern und Gemeinden gelten.

Das Kindeswohl verlangt eine uneingeschränkte Einhaltung der Schutzbestimmungen für Kinder. Diese werden mit Kindern als Testkäufer ad absurdum geführt - von staatlichen Stellen wird aktiv gerade das Verhalten herbeigeführt, das durch das Jugendschutzgesetz verhindert werden soll.

Testkäufe mit Kindern sind aus ethischen, pädagogischen und entwicklungspsychologischen Gründen abzulehnen. Es ist Konsens in der Gesellschaft, dass es für die Entwicklung der Kinder wichtig ist, ihnen klar und eindeutig zu vermitteln, was „richtig und was falsch“ ist - das Auftreten der Kinder als „agent provocateur“ konterkariert diesen Grundkonsens. Der Zweck heiligt nicht die Mittel.



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 9. Juni 2008

„Kinder haben ein Recht auf Sicherheit“ Kinderkommission zum Kindersicherheitstag

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages erklärt zum Kindersicherheitstag am 10. Juni 2008:

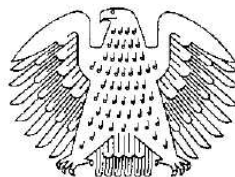
„Circa 1.600.000 Kinder erleiden in Deutschland pro Jahr einen Unfall - mehr als die Hälfte dieser Unfälle sind vermeidbar. Daher ist Prävention die vordringliche Aufgabe.“

Kinder verunglücken nicht nur im Straßenverkehr, gerade bei den jüngeren Kindern passieren die Unfälle meist im häuslichen Bereich. Viele dieser Unfälle müssten nicht geschehen, wenn Eltern, Betreuungspersonen, aber auch Politik und Industrie Unfallgefahren erkennen und beseitigen und wenigstens verringern würden. Den umsichtigen und sicherheitsbewussten Umgang mit Gefahren können Erwachsene ebenso wie Kinder lernen.

Umsicht und Aufsicht der Erwachsenen schützen Kinder vor Unfällen. Wichtig ist auch die Verwendung kindersicherer Produkte oder die kindgerechte Einrichtung der Wohnung. So hat die Kinderkommission des Deutschen Bundestages im Rahmen eines Expertengesprächs zu ihrem Erstaunen erfahren, dass sich in Berlin die Hochbetten als eine besondere Gefahrenquelle für Kinder herausgestellt haben.

Unfälle werden aber auch dadurch reduziert, dass Kinder aktiv in ihrer Risikokompetenz gefördert werden. Sie müssen dafür die Möglichkeiten haben, sich im geschützten Rahmen zu bewegen und im Spiel ihre Fähigkeiten und Grenzen zu erfahren, um auf diese Weise für die richtige Reaktion in einer Gefahrensituation zu üben.

Mit dem jährlichen Kindersicherheitstag wird eine breite Öffentlichkeit auf die Gefahren, denen Kinder ausgesetzt sind, aufmerksam gemacht. Insbesondere aber eröffnet er die Gelegenheit, die Bedeutung der Unfallprävention deutlich zu machen und aufzuzeigen, mit welchen - oft einfachen - Maßnahmen Unfälle verhütet werden können. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages begrüßt daher den Kindersicherheitstag und wird ihn mit ihrer Teilnahme an der Veranstaltung am 10. Juni 2008 vor dem Reichstag unterstützen.“



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 11. Juni 2008

Kinderkommission zum Welttag gegen Kinderarbeit

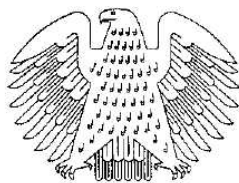
Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages erklärt zum Welttag gegen Kinderarbeit am 12. Juni 2008: „Jeder kann etwas gegen die Ausbeutung von Kindern tun.“

Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) müssen weltweit ca. 327 Millionen Kinder arbeiten. Unter ihnen sind 126 Millionen Kinder unter 15 Jahren, die unter gefährlichen Bedingungen ausgebeutet werden. Sie müssen in Steinbrüchen, in stickigen Fabriken und auf Plantagen schuften. Der Besuch einer Schule bleibt in dieser Situation für viele Kinder ein unerreichbarer Traum.

Die Kinderkommission begrüßt den weltweiten Einsatz von Nichtregierungsorganisationen und der deutschen Entwicklungshilfe gegen die wirtschaftliche Ausbeutung von Kindern. Sie eröffnen Schulen und werben dafür, dass die Kinder Schulen besuchen, sie helfen den Kindern in die Freiheit und leisten Rechtshilfe.

Die Befreiung der Kinder aus Ausbeutungsverhältnissen kann nur der erste Schritt sein. Wichtig ist, den Kindern und auch ihren Familien Alternativen zu bieten. Dies ist in der Regel der Besuch einer Schule oder eine berufliche Ausbildung. Daher muss dafür gesorgt werden, dass in den Ländern vorrangig in das Bildungssystem investiert wird und alle Kinder zumindest eine gute Grundausbildung erhalten.

Ein wichtiger Schritt dafür ist die Entschuldung der Entwicklungsländer.



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 1. August 2008

Sicherheits- und Gesundheitsrisiken für Kinder im Alltag minimieren!

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages

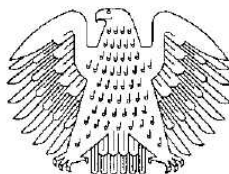
Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat sich aus der Vielzahl der Themen, die den Alltag von Kindern bestimmen, zwei Schwerpunkte herausgegriffen: Zum einen die Problematik der oftmals zu schweren Schulranzen, zum anderen Gefahrenquellen für Kinder im Haushalt.

„Ziel der Bemühungen der Kinderkommission ist, das Leben und die Gesundheit von Kindern zu schützen und sicherer zu machen“, sagt die Abgeordnete Miriam Gruß, Mitglied der Kinderkommission.

Die Kinderkommission fordert in ihrer Stellungnahme u. a.:

- Einführung einer Fahrradhelmpflicht für Kinder und Jugendliche
- Aufklärung der Eltern über Unfallrisiken im Rahmen der U-Untersuchungen
- Schaffung eines einheitlichen, verlässlichen Prüfsiegels für Kinderprodukte in Europa; bis dahin ist das nationale GS-Zeichen beizubehalten
- Sicherheitsartikel so kostengünstig wie möglich anzubieten
- Keine Koppelung von Nahrungsmitteln und Spielzeug
- Gewicht von Schulbüchern durch Verwendung von leichtem Papier (Paperback statt Hardcover) reduzieren
- Schulen sollten all ihre Möglichkeiten ausnutzen, damit die Kinder einen Teil der Lernmaterialien – Bücher, Malkasten, Zeichenmaterial, Sportschuhe – in der Schule deponieren können
- Ranzenhersteller sollten darauf achten, möglichst gewichtsarme Ranzen zu produzieren

Die vollständige Stellungnahme und Forderungen der Kinderkommission finden Sie unter www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Empfehlungen_und_Stellungnahmen/index.html



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 11. August 2008

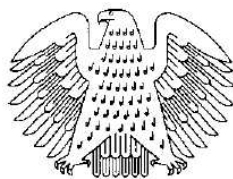
„Jugendliche für den Klimaschutz gewinnen“

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages begrüßt und unterstützt das diesjährige Motto der Vereinten Nationen zum Internationalen Tag der Jugend am 12. August 2008 **„Jugend und Klimawandel: Zeit zu handeln“**

Die heutige Jugend wird die Folgen des Klimawandels tragen müssen. Auch junge Leute können aktiv etwas gegen den Klimawandel unternehmen: So wie wir alle gefordert sind, unser tägliches Leben im Hinblick auf den Klimawandel umzustellen, so können auch junge Menschen beispielsweise durch eine Veränderung ihrer Lebensweise für einen geringeren Ausstoß von CO₂ sorgen.

Dafür müssen sie aber auch die Möglichkeit erhalten, aktiv an der Entscheidungsfindung auf allen politischen Ebenen teilzunehmen. Die Kreativität und Tatkraft der jungen Menschen, ihre Zukunft in die eigene Hand zu nehmen, ist in allen politischen Institutionen und Jugendorganisationen unbedingt erforderlich.

Daher erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission, Abg. Diana Golze: „Junge Menschen können und wollen für ihre Zukunft mehr Verantwortung übernehmen. Den Jugendlichen von heute ist der Klimawandel sehr wohl bewusst. Wenn die Politik ihnen das Gefühl gibt, dass ihre Stimme etwas zählt, dann werden sie sich auch aktiv in die Bewältigung dieser globalen Aufgabe einbringen.“



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 19. September 2008

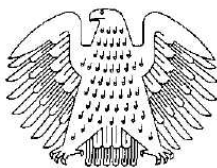
**Kinderkommission zum Weltkindertag:
„Gemeinsame globale Anstrengungen zum Schutz der Kinder vor sexueller
Ausbeutung“**

Zum Weltkindertag am 20. September 2008 erklärt die Kinderkommission des Deutschen Bundestages:

Die Mitglieder der Kinderkommission beteiligen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv am weltweiten Kampf gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern. Der Kindersextourismus ist international. Den Kindern werden von Kindersex-Touristen die schlimmsten psychischen und physischen Schäden zugefügt, die die Kinder ihr Leben lang belasten. Daher hat sich die Kinderkommission u. a. für die Verbreitung des Kurzfilmes „Witness“ eingesetzt.

Mit diesem Kurzfilm wird die Aufmerksamkeit der Flugreisenden für das Problem der sexuellen Ausbeutung von Kindern insbesondere in den Haupttourismustländern geschärft. All die vielen kleinen Indizien der sexuellen Ausbeutung werden sehr anschaulich und emotional packend gezeigt. Da die Kinderkommission von diesem Spot sehr überzeugt war, hat sie mit einem Aufruf an alle Abgeordneten dafür geworben, dass Parlamentarier im Rahmen ihrer Kontakte mit Fluggesellschaften und Betreibern von Flughäfen dieses Projekt unterstützen. Zwischenzeitlich haben die großen deutschen Fluggesellschaften diesen Spot in ihr Bordprogramm aufgenommen und die Flughafenbetreiber haben sich bereiterklärt, ihn auszustrahlen.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Abg. Diana Golze (DIE LINKE.), erklärt: „Es ist sehr zu begrüßen, dass die Tourismusbranche sich in die Reihe der Aktiven zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung stellt. Die Kinderkommission begrüßt ebenfalls das bisherige Engagement der Bundesregierung und hofft, dass sich dies auch mit der 3. Weltkonferenz gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern in Rio de Janeiro fortsetzt. Dazu gehört auch die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention betreffend Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornografie durch die Bundesrepublik Deutschland, für die der Deutsche Bundestag mit seinem Beschluss vom 20.6.2008 die Voraussetzungen geschaffen hat.“



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 31. Oktober 2008

Öffentliche Anhörung der Kinderkommission „Strategien zur Überwindung von Kinderarmut“

Zeit: Mittwoch, 5. November 2008, 12.30 Uhr
Ort: Paul-Löbe-Haus, Raum 2.200

Die Überwindung von Kinderarmut ist eine der vordringlichsten Aufgaben in unserer Gesellschaft. Kinderarmut bedeutet nicht nur Mangel an materiellen Mitteln, sondern auch Mangel an Bildung, an Gesundheit sowie an Teilhabechancen in der Gesellschaft. Damit ist für viele Kinder ein durch Armut bestimmter Lebensweg vorgezeichnet. Diesen Mechanismus gilt es zu durchbrechen und die Armut der Familien zu überwinden. Mit welchen Strategien, mit welchen Maßnahmen kann dies gelingen?

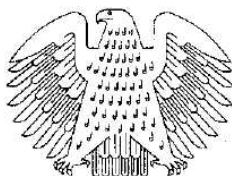
Die vielfältigen Möglichkeiten und Ansätze, um Kinderarmut zu überwinden, will die Kinderkommission bei einer Anhörung mit folgenden Experten erörtern:

- Dr. Wilhelm Adamy (Deutscher Gewerkschaftsbund)
- Annette Berg (Jugendamt Monheim am Rhein)
- Marion von zur Gathen (Paritätischer Wohlfahrtsverband)
- Barbara König (Zukunftsforum Familie e. V.)
- Prof. Dr. Ronald Lutz (Fachhochschule Erfurt)
- Sabina Schutter (Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e. V.)

Interessierte Zuhörer melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Tel.: (030) 227-30551, E-Mail: kinderkommission@bundestag.de) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums an. Besucher werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

Informationen zur Übertragung im Parlamentsfernsehen unter: <http://www.bundestag.de/aktuell/tv/index.html>.

Bild- und Tonberichtersteller werden gebeten, sich beim Pressereferat (Telefon: 030/227-32929 oder -32924) anzumelden. Bitte im Sitzungssaal Handys ausschalten!



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 18. November 2008

Kinderkommission fordert Abschaffung des ausländerrechtlichen Vorbehalts bei UN-Kinderrechtskonvention

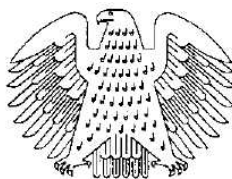
Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes - die Kinderrechtskonvention - wurde am 20. November 1989 von der UN-Generalversammlung beschlossen. Sie hat die größte Akzeptanz aller UN-Konventionen erhalten, da sie mit Ausnahme von zwei Staaten weltweit von allen Ländern ratifiziert wurde.

Die Kinderrechtskonvention legt wesentliche Standards zum Schutz der Kinder fest und stellt damit eine wichtige Grundlage für die Rechte der Kinder in der ganzen Welt dar. Allerdings bedeutet die Ratifizierung der Kinderrechtskonvention nicht, dass es in den unterzeichnenden Ländern keine Verletzungen der Kinderrechte gibt. Die Umsetzung der Bestimmungen überwacht der Ausschuss für die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen. Auf der Grundlage der Staatenberichte verfasst er Empfehlungen an die Staaten zur Verbesserung der Situation der Kinder und Jugendlichen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat im Jahr 1992 die UN-Kinderrechtskonvention mit fünf Vorbehalten ratifiziert. Zwischenzeitlich hat nur noch der ausländerrechtliche Vorbehalt rechtlichen Bestand. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat mehrfach die Bundesregierung zur Rücknahme dieses Vorbehaltes aufgefordert und an die Bundesländer appelliert, dem zuzustimmen.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages verfolgt dieses Ziel ebenso weiter wie die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz. Die Vorsitzende der Kinderkommission, Diana Golze, erklärt daher:

„Kinder sind eigenständige Personen mit eigenständigen Rechten. Deshalb setzt sich die Kinderkommission für die Stärkung der Kinderrechte im Grundgesetz ebenso ein wie für die vorbehaltlose Anerkennung der UN-Kinderrechtskonvention. Deutschland sollte hier anderen Staaten ein gutes Vorbild sein.“



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 21. November 2008

Die Kinderkommission nimmt am 3. Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen teil

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages unter der Leitung des Abg. Jörn Wunderlich (DIE LINKE.) nimmt am 3. Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen teil, der vom 25. bis 28. November 2008 in Rio de Janeiro stattfindet. Weitere Mitglieder der Delegation sind die Abgeordneten Michaela Noll (CDU/CSU), Marlene Rupprecht und Renate Gradistanac (beide SPD) sowie Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN).

Den Mitgliedern der Kinderkommission ist es ein wichtiges Anliegen, sich aktiv am weltweiten Kampf gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern zu beteiligen. So hat die Kommission in dieser Legislaturperiode u. a. Expertengespräche zum Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornografie geführt. Außerdem hat sie sich erfolgreich für den vom BMFSFJ unterstützten Kurzfilm „Witness“ eingesetzt, mit dem die Aufmerksamkeit der Flugreisenden für das Problem der sexuellen Gewalt gegen Kinder geschärft werden soll.

Vom 3. Weltkongress in Rio de Janeiro erwartet die Kinderkommission Impulse für eine Intensivierung der bereits eingeleiteten Maßnahmen und für die Entwicklung neuer Strategien zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen. Insbesondere müssen Wege gefunden werden, wie der Kinderpornografie in den neuen Medien (z. B. Internet und Handy) wirksam begegnet und die multilaterale grenzüberschreitende Zusammenarbeit gegen Kinderhandel und Kinderprostitution verbessert werden kann.



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 27. November 2008

„Gemeinsam gegen Aids - Wir übernehmen Verantwortung für uns selbst und für andere“

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages erklärt zum Weltaidstag am 1. Dezember 2008:

Der internationale Weltaidstag wird in diesem Jahr zum 20. Male begangen. Mit diesem jährlichen „Weckruf“ am 1. Dezember soll die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese größte Virus-Erkrankung unserer Zeit gelenkt werden. Die Immunschwäche bedroht am meisten Kinder und Jugendliche. Ihr Anteil an den Infizierten steigt weltweit an - inzwischen sind es ungefähr 2 Millionen Kinder, die mit HIV leben müssen. Dies sind nicht nur Kinder in Afrika - auch in Europa werden immer mehr Kinder und Jugendliche infiziert. Es sind Kinder und Jugendliche, die auf der Straße leben, Drogen nehmen oder Opfer von sexueller Gewalt und Ausbeutung sind. Aber auch, wenn die Kinder nicht selbst erkranken, werden sie zu Opfern - besonders in Afrika gibt es Millionen von Waisen, die ihre Eltern durch Aids verloren haben. Sie wachsen in bitterster Armut und ohne Chance auf Bildung und ein menschenwürdiges Leben auf. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen werden bis 2010 ca. 18 Millionen Kinder in Afrika ihre Eltern wegen Aids verlieren.

Mit dem Motto des diesjährigen Weltaidstages wird klargestellt, dass jeder einzelne mit seinem Engagement Verantwortung für sich selbst, aber auch für andere übernehmen kann. Wichtig ist zum einen die Aufklärung der Kinder und Jugendlichen über die Gefahren und die Schutzmöglichkeiten. Zum anderen sind wir alle zur Solidarität mit den Betroffenen aufgefordert und zur Unterstützung gezielterer Hilfen für die von HIV und AIDS betroffenen Kinder beispielsweise durch ihre Behandlung mit preiswerteren Medikamenten.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages unterstützt die Mitmachkampagne „Du und ich gegen AIDS“, an deren Abschlussveranstaltung am 28. November 2008 vor dem Reichstag auch die Vorsitzende der Kinderkommission, Diana Golze, teilnehmen wird. Sie erklärt: „Diese Kampagne wurde im November 2005 von UNICEF-Schirmherrin Eva Luise Köhler eröffnet. Seitdem haben mehr als 720.000 Menschen in Deutschland die UNICEF-Forderungen unterschrieben. Ich freue mich

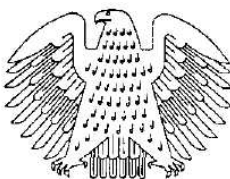
2

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

- 2 -

über diese große Beteiligung. Wir dürfen aber angesichts wieder steigender Zahlen von Neuinfektionen auch in Deutschland nicht nachlassen in unserem Engagement für mehr Aufklärung und gezieltere Entwicklungshilfen. Die Kinderkommission möchte dabei ihren Beitrag leisten und Kinder und Jugendliche für das Problem HIV und AIDS sensibilisieren.“



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 3. Dezember 2008

3. Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen: Kinderkommission fordert effektivere Täterverfolgung bei Kinderpornografie

Vom 25. bis 28. November 2008 diskutierten Vertreterinnen und Vertreter von internationalen Nichtregierungsorganisationen, von Regierungen und Parlamenten sowie rund 300 Jugendliche in Rio de Janeiro über verstärkte Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Ausbeutung. Zum Abschluss des Weltkongresses fassten die Teilnehmer ihre Forderungen zusammen.

Die Teilnehmer rufen unter anderem dazu auf, in den nächsten fünf Jahren unabhängige Institutionen zu schaffen, die sich für die Rechte von Kindern einsetzen. Zudem sollen Datenbanken mit Informationen über die Ausbeutung von Kindern aufgebaut werden. Zur effektiven Verbrechensbekämpfung sollen extraterritoriale Gerichtsbarkeiten eingerichtet werden.

Für die Kinderkommission des Deutschen Bundestages stand die Bekämpfung der Kinderpornografie in den neuen Medien (z. B. Internet und Handy) im Zentrum ihrer Gespräche und Forderungen. So müssen wirksamere Maßnahmen zur Identifizierung von Opfern und Tätern erfolgen. Neben der Verstärkung der Verbrechenverfolgung muss die Sperrung von Internetseiten mit kinderpornografischen Darstellungen beim Access-Provider ermöglicht werden. Außerdem muss die Versorgung der Opfer durch kompetente Fachkräfte sichergestellt werden.

Die Bekämpfung des weltweiten Kinderhandels war für die Kinderkommission ein weiterer Schwerpunkt. So erklärt der Abg. Jörn Wunderlich (DIE LINKE.) als Leiter der Delegation der Kinderkommission: „Der weltweite Kinderhandel kann ohne grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht gestoppt werden. Nur wenn alle Länder zusammenarbeiten ist eine effektive Verbrechensbekämpfung und Täterverfolgung möglich. Auch Deutschland hat noch Hausaufgaben zu erledigen, die auf der geplanten nationalen Nachfolgekongferenz am 25. und 26. März 2009 in Berlin zu besprechen sind.“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)
